

Volksrecht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 34.

Mittwoch, den 10. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Eduard VII. in Berlin.

Am heutigen 9. Februar hat ein Sieger seinen Einzug durch das Brandenburger Tor. Vor wenigen Jahren noch sprach das ganze nationale Deutschland, das damals huldigend zu den Füßen des patriotischen Königs lag, mit Hoch und Achtung von dem gänzlich unpoetischen englischen Diktator, der in Paris lose Freuden der Weltstadt genoss, während das Reich Viktorias in seinen Grundfesten erzitterte. England war isoliert und in Gefahr, sich in Südafrika zu verbluten. „Wir“ standen fest im Dreieck mit beherrschten Äthiopien; England war sichtlich im Niedergang begriffen, „Wir“ aber gingen herrlichen Tagen entgegen, denn „Wir“ hatten einen edelmütig begabten, von der Würde seines Gottesgnadentums durchdrungenen, selbstherrlichen Kaiser, England hatte aber nur eine altersschwache, unbedeutende Königin und einen klugen, aber nicht sehr strengen Premierminister. Man glaubte nicht schon von Bismarck die kostbare Weisheit geerbt, daß parlamentarisch regierte Staaten in der auswärtigen Politik gegen starke Monarchien stets im Nachteil seien, so hätte doch der hiesigland herrschende reaktionäre Spürsinn glücklich herausgebracht, daß das „perfide Albion“ an „volklicher Ueberkultur“ krankte, und daß man darum mit der Uhr in der Hand den weltgeschichtlichen Augenblick erwarten durfte, an dem sich aus den Trümmern des britischen Imperiums das neue Weltreich des preussischen Kaisers erheben würde.

Heute steht die englische Weltmacht auf der vollen Sonnenhöhe ihrer Triumphe, das Deutsche Reich aber ist zu einer europäischen Großmacht zweiten bis dritten Ranges herabgesunken. Eduard VII. könnte ohne große Uebertreibung der Admiral aller Ozeane genannt werden, obwohl er gewiß nie so unvorsichtig sein wird, sich in einem Telegramm als solcher zu bezeichnen: der deutsche Kaiser aber ist Admiral des Atlantischen Ozeans — a. D. I. Nicht um alles in der Welt würde der Diktator mit seinem Neffen tauschen.

Darüber muß man sich heute doch völlig klar sein: In den Jahren, in denen alles — einem von höchster Stelle gegebenen Beispiel folgend — von der deutschen „Weltpolitik“ sprach, hat nicht Deutschland, sondern England Weltpolitik getrieben. England unterwarf sich die südafrikanischen Republiken, besetzte sich in Ägypten, setzte sich in Arabien und am persischen Golf fest. Es demütigte Frankreich bei Fashoda, ließ Rußland durch die verbündeten Japaner aufs Haupt schlagen und bedrohte durch seine mazedonischen Reformvorschläge die Existenz der Türkei. Aber die Geschlagenen von gestern sind die Freunde und Bundesgenossen von heute. Nicht in den brutalen Siegen Englands sondern in dieser Art ihrer diplomatischen Ausnutzung offenbart sich die Größe einer Staatskunst, der auch der Gegner jeder imperialistischen Machtpolitik seine Bewunderung nicht versagen kann. Preußen-Deutschland hat seit der letzten Leistung Potens die slavische Welt, seit 1864 Dänemark, seit 1871 Frankreich zu unversöhnlichen Gegnern. Alle seine Siege sind offene Wunden an seinem Leibe geblieben, bis auf den einen von 1866. Damals liebte Bismarck an Oesterreich die Kunst, besiegte Feinde zu ehelichen Bundesgenossen zu gewinnen, durch die Standhaftigkeit, die er der russischen Politik seines Herrn zu Nikolzburg entgegensetzte, rettete er für Jahrzehnte die europäische Stellung des Reiches. So blieb wenigstens Oesterreich, während England mit Frankreich und Rußland, mit Spanien und Portugal, mit Italien und der Türkei, mit Dänemark und Norwegen, nicht zuletzt auch mit dem fernen Japan seine Spezialfreundschaften, Entitäten und Bündnisse unterhält. Jetzt aber muß auch Oesterreich erfahren, wie schlecht es sich kämpft, wenn einem der englische Wind ins Gesicht weht, und die österröische Presse tobt gegen England — fast so wild wie die französische und die russische knapp vor Abschluß der entscheidenden Verhandlungen.

Das parlamentarisch regierte England mit seinem konstitutionellen „Schattensönig“ hat über das Deutschland der Bureaucratie und des persönlichen Regiments auf dem Felde der Diplomatie so glatt gesiegt, wie nur je ein ruhiger, erfahrener Schachmeister über einen geschwählgigen Dilettanten.

Die alldeutsche Weltpolitik, die dem Reich nicht einen Fuß breit Land gewonnen, aber ihm alle Mächte der Welt zu Feinden gemacht hat, mußte schließlich scheitern, weil sie eine Revolte nicht bloß gegen geschichtliche, sondern sogar auch gegen geographische Tatsachen war. Wie eine Festung an der Landstraße, so liegen die britischen Inseln der Küste des Deutschen Reiches vorgelagert, ihnen den freien Weg nach dem Ozean verperrend. Hätte Deutschland die gewaltigste Flotte der Welt, England aber bloß ein paar Kanonenboote, so wären diese dank ihrer strategisch günstigen Position für die deutsche Schifffahrt eine ständige Drohung. So lange es nicht gelingt, eine dauernde deutsche Besatzung in die englischen Häfen zu legen oder noch besser die unbequemen Inseln ganz unter Wasser zu setzen, so lange wird der Deutsche damit rechnen müssen, daß er nicht vor sein Haustor treten kann, ohne an den Fenstern der englischen Nachbarn vorbei zu müssen. Das ist eine unbequeme Tatsache, aber es wäre leicht, Diplomat zu sein, wenn man immer nur mit bequemen Tatsachen zu rechnen brauchte. Jedenfalls steht fest, daß jede beliebige Macht der Welt kraft ihrer geographischen Lage eher dazu berufen wäre, der englischen Seemacht mit Gewalt zu trotzen, als Deutschland, gerade Deutschland aber hat sich in ein maritimes Wettrennen mit England eingelassen und hat dadurch die Nordsee zum eigentlichen Katastrophentempel Europas gemacht. Das Ergebnis dieses wackeligen Wettrennens zeigt eine Tabelle, die man in englischen

Zeitungen aus den letzten Tagen findet. Ende März des vergangenen Jahres verfügte England über 59 Dintenschiffe und 34 große Panzerkreuzer, Deutschland über 34 Dintenschiffe und 8 große Panzerkreuzer, im ganzen also England über 93, Deutschland über 42 kampffähige große Fahrzeuge. Der Vergleich ändert sich aber noch weiter zu Ungunsten Deutschlands, wenn man die Größenverhältnisse der englischen und der deutschen Schlachtschiffe miteinander in Parallele stellt. Es hatten

Tonnen	Englische Schiffe	Deutsche Schiffe
Über 17.000	1	0
15.000—17.000	8	0
15.000—16.000	8	0
14.000—16.000	22	0
13.000—14.000	0	3
12.000—13.000	7	5
11.000—12.000	4	5
10.000—11.000	7	5
Unter 10.000	2	16
	59	34

In Bau befanden sich, respektive auf Stapel gelegt wurden seitdem:

Tonnen	Englische Schiffe	Deutsche Schiffe
Über 13.000	6	0
17.000—18.000	0	4
16.000—17.000	2	0
13.000—14.000	0	2
	8	6

Von 1900—1909 hielt sich das englische Marinebudget ziemlich stationär auf 620 bis 650 Millionen Mark jährlich, die Ausgaben für Neubauten schwanken jährlich zwischen etwa 160 und 230 Millionen Mark. Der deutsche Marineetat stieg in derselben Zeit von 154 Millionen auf 330 Millionen. Im Jahre 1908 wendete England für Neubauten 191 Millionen auf, Deutschland 151 Millionen.

In diesen Ziffern fällt zweierlei auf: die kolossale Ueberlegenheit Englands, und das frampfvolle Bestreben Deutschlands, an die Höhe, wenn nicht der englischen Nachstellung, so doch der englischen Flottenausgaben immer näher heranzukommen. Nun hat aber England nicht bloß wie Deutschland bloß die eigenen Küsten, sondern es hat ein Weltreich zu verteidigen und kann nicht für alle Zeit auf eine so günstige politische Konstellation rechnen wie die gegenwärtige, die ihr die Arme nach allen Seiten freiläßt. Die englische Admiralität verlangt jetzt den Bau von sechs neuen Riesenschiffen und ist mit dieser Forderung auf den energischen Widerstand des Finanzministers, der das Gleichgewicht seines Budgets bedroht sieht.

Alle englischen Wünsche, die auf eine Verständigung über beiderseitige Einschränkungen der Rüstungen hingedrungen, scheiterten an dem brüskten Widerspruch Deutschlands. Die neuen Forderungen der britischen Admiralität und die Konzentrierung der englischen Kriegsmacht in der Nordsee sind die Antwort auf die unversöhnliche Haltung der deutschen Nachbarn.

Die Verhandlungen, die in diesen Tagen in Berlin stattfinden werden, können diesen Konflikt mildern, befestigen oder verschärfen. Noch vor einigen Jahren konnte Deutschland als stärkste Militärmacht Europas und als Vormacht des Dreiebundes mit dem englischen Weltreich gleich auf Gleich verhandeln, heute steht es einer Uebermacht als der weitaus schwächere Teil gegenüber, als eine Macht minderen Ranges, die durch die Unausgeglichenheit ihrer inneren Zustände und die daraus folgende Unruhe ihrer äußeren Politik die Ruhe des Starken bedroht und die nun deshalb von diesem zur Rede gestellt wird. Das ist eine ziemlich neue Situation für die Erben Bismarcks und Wilhelms II., aber sie werden sich wohl daran finden müssen mit jener Weisheit, deren Mutter die Vorsicht ist.

Es gilt, den Kinderreien, die seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik beherrschten, radikal zu entsagen und Realpolitik zu treiben. Alle deutsche Realpolitik muß aber mit der englischen Seeherrschaft als einer gegebenen Tatsache rechnen. Deutschland kann den Mächten vor seinem Tor nicht über den Haufen rennen, darum hat es allen Grund, sich mit ihm so freundlich wie möglich zu stellen — wer hat als Mitdeutschler und Flottenpatriot nicht einsehen, begehrt einfach Landesverrat aus Dummheit. Es ist nicht wahr, daß der wirtschaftliche Segensatz zwischen England und Deutschland, die Konkurrenz, die der deutsche Kapitalismus dem englischen macht, zum Krüge führen muß. Fast ein Viertel der gesamten deutschen Ausfuhr geht nach England und den englischen Kolonien, und in ungefähr demselben Verhältnis exportieren diese wieder nach Deutschland. Jede der beiden Mächte würde ein Krieg zu teuer zu stehen kommen, daß kein Sieg den Schaden wieder ersetzen könnte, den er angerichtet hat. Nur die Tollheit unverantwortlicher Altkuen drängt zum Krüge, der Rechenpfist redet zum Frieden.

Wenn Deutschland den Frieden mit England will, so muß es in die gebotene Hand zu ehelicher Verständigung einschlagen. Den Mittelstahl-Panzerplattenfabrikanten werden dann viele Millionen Profit entgehen, aber der Gewerbesitz der beiden Länder wird sich dafür nützlicheren Gebieten zuwenden, und die Finanzschwächen haben und drüber werden sich leichter besettigen lassen. Die hohen Regierungen werden entweder die Politik treiben müssen, die die Arbeiter Englands und Deutschlands längst als die richtige erkannt und

empfohlen haben, oder sie würden Katastrophen auzutreiben, die den Sieg der Arbeiterpolitik erst recht begünstigen. Die Proletariat beider Länder warten mit Ruhe die Entscheidungen der nächsten Tage ab, mit dem Bewußtsein, das Ihre getan zu haben. Wenn die Politik des königlichen Schlosses nicht schlechter ist, als die „von der Kaiserliche“, kann es zum Guten nicht fehlen!

Politische Uebersicht.

Die Klassenjustiz auf der Anklagebank und Herr Stroffer als ihr verunglückter Verteidiger.
Im Abgeordnetenhaus kam am Sonnabend beim Justizetat unser Genosse Leinert aus Hannover-Uden zu Wort: Er übte an der Hand des reichhaltigen Materials, das die Klassenjustiz ihm bot, eine vernichtende Kritik an der heutigen Rechtsprechung. Gewiß, es waren häufig nur einzelne Fälle, die er herausgriff, aber diese einzelnen Fälle sprachen Bände. Sie sind typisch für die Art und Weise, wie man vor Gericht die Arbeiter behandelt und es ist aus der Seele jedes deutschen Arbeiters gesprochen, was Genosse Leinert als Schlussfolgerung aus diesen Fällen zog. Die sorgfältig vorbereitete und geschickt aufgebaute Rede ging aus von einer Besprechung der neuerrichteten Jugendgerichtshöfe, einer Einrichtung, die die Sozialdemokratie begrüßt hat. Unser Redner ging auf frühere Verurteilungen Jugendlicher zu brutalen Strafen ein und sprach die Hoffnung aus, daß derartige Verirrungen der Rechtspflege in Zukunft vermieden werden. Dann besprach Leinert den Prozeß Culenburg. Er kritisierte die große Milde, mit der man den fürstlichen Meinelbigen vor Gericht behandelt hat, dem man erlaubte, mit seinen Familienangehörigen zu verkehren, während sozialdemokratischen Beschuldigten die kleinste Vergünstigung hartnäckig verweigert werden. Die Verurteilung unseres Genossen Markwald zu 15 Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung nannte Leinert ein politisches Tendenzurteil und er ging dann zur Rechtsprechung auf sozialem Gebiete über. Die lächerlich geringen Strafen, die gegen reiche Unternehmer wegen Uebertretung der Gewerbeordnung verhängt werden, stellte er den harten Bestrafungen der Streikposten und anderer Arbeiter entgegen, die im wirtschaftlichen Kampfe vielleicht einmal über die Schnur hauen. Es waren haarsträubende Fälle, die Leinert zur Sprache brachte. Man sollte es nicht für möglich halten, was in Danabrad passiert ist; wo ein Dienstherr bei einer Klage gegen sein Dienstmädchen selbst als Anwalt aufgetreten ist. Für die Unkenntnis der Zivil- und Strafgerichte in allen Fragen, die den Arbeiterhand angehen, konnte unser Redner schlagende Beweise bringen. Als Leinert dann die allgemeinen Schlussfolgerungen aus seiner Rede zog, versuchte die Rechte, ihn niederzuschreiben. Aber unbelümmert um dieses junckerliche Treiben konstatierte unser Redner, daß die Klassenjustiz für die deutschen Arbeiter kein hohles Schlagwort ist, sondern, daß sie sie täglich am eigenen Leibe spüren müssen. Der hannoverschen Polizei, die neulich mit rücksichtsloser Grausamkeit auf wehrlose Demonstranten eingegangen hat, was selbst in bürgerlichen Kreisen entschieden verurteilt wurde, sagte Leinert einige herbe Wahrheiten und er schloß seine inhaltreiche Rede unter dem lebhaftesten Beifall unserer im Abgeordnetenhaus leider nur schwach vertretenen Parteigenossen. Der Justizminister produzierte eine gewundene Erwiderung, suchte die Straßendemonstrationen als nutzlos hinzustellen und verteidigte das unerhörte Urteil im Markwaldprozeß, denn er habe das patriotische Empfinden auf das schmerzlichste verletzt. Ihm sekundierte der konservative Abg. Stroffer, der im Kasernenhofen für die Einführung der Prügelstrafe pläbierte. Genosse Wolf Hoffmann führte ihn aber mit seinem gesunden Berliner Mutterwitz treffend ab. Er will die erste Portion Prügel für Herrn Stroffer selbst reservieren und hofft, daß er dann zu einem Gegner dieses ins finstern Mittelalter gehörenden Strafmittels werden würde. Selbst das „Berliner Tagebl.“ sagt zu unserem Breslauer Abgeordneten: Herr Stroffer, der, wie so oft, auch diesmal, wenn auch wider seinen Willen, für die Heiterkeit des Hauses sorgen mußte, kam auf dem Umwege über diese Straßendemonstrationen wieder auf sein altes Stückenpferd, die Prügelstrafe. Dabei hatte er sich freilich von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann eine in ihrer Schlagfertigkeit ganz köstliche Abfuhr.

Das Ende eines toten Mannes. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hofprediger a. D. Adolf Stöcker ist am vergangenen Montag in Bogen gestorben. Stöcker hatte vor einigen Monaten sein Reichstagsmandat von Siegen-Wittgenstein krankheits halber niedergelegt, und bei der Nachwahl im Januar ging der Kreis, einst die Hochburg des Stöcker- und Muckertums, an die Nationalliberalen verloren.

Schon lange vor der Niederlegung seines Reichstagsmandats hatte Stöcker aufgehört, eine politische bemerkenswerte Erscheinung zu sein. In den achtziger Jahren, unter dem Sozialistengesetz, hielt der Episkopalminister v. Kuttner den Grillsch-Sozialen Hofprediger für berufen, die geistige Bedrohung des Proletariats mit dem Kadaverknäuel eines wütenden Antisemitismus niederzuschlagen. Dieser preussische Bogromismus, der nicht bloß durch die Sammlungen raste, sondern auch zu Anfang der achtziger Jahre mit Sepp, Hepp! und Fensterrückenschneidern durch die Straßen Berlins tobte, war in dem

Alte, Robert und Brown, von denen der erstere der kaiserlich-königliche Thronfolger ist, vor dem Eingange ins Krematorium demonstrierend erschienen, schreit mehrere Male: „Ich will leben!“ In der national-liberalen Presse wurde hervorgehoben, daß der Verstorbenen mit der würdevollsten Rücksicht nahe verwandt und außerdem seinem militärischen Range nach Oberleutnant gewesen sei, welche Umstände den drei Herrschaften gewisse Verpflichtungen zur Teilnahme an seinem Leichenbegängnis auferlegten hätten. Außerdem hätten sie schon aus Rücksicht auf den König mitgehen müssen. Darauf antwortet jetzt das Militär-Berichtsbüro sehr erregt und teilt mit, daß die Organe der Krone von ihrer Pflicht, sich vor der Verbrennung zu entfernen, ausdrücklich hätten verständigt lassen. Damit wird aber die Absicht, den Beerdigungswagen den toleranteren Ansichten der jetzigen und der künftigen Könige nach außen hervortreten zu lassen, nur noch demüthiger kundgetan.

Da der Herzog Albrecht schon des Bittern — ohne Rücksichtnahme auf die Gefühle der Mehrzahl der Bevölkerung — seine Genesungspolit in der württembergischen 1. Kammer getrieben hat, so jettige auch der obige Vorgang angedeutete Erörterungen, die vermuthlich auch noch im Landtage einen Widerhall finden werden.

Anslaud.

Die Affäre Agew und die Duma.

Die russische Regierung, die im Laufe einer Woche zwei diametral verschiedene Erklärungen in Sachen Popuchin-Agiew abgegeben hat: das eine Mal, daß die ganze Geschichte Agiew falschen sei, das andere Mal, daß Popuchin durch die Verhaftung Agiew die politische Freiheit verlor, diese Regierung suchte dem ersten Ansturm in der heissen Affäre durch Fernbleiben zu entgehen.

Dies hat sie, obwohl kein Ereignis der letzten Zeit auf die Reputation ihres s. niederschlagenden und erschütternden Charakters beigetragen hat wie die Enthüllungen, die aus Paris kamen. Sämtliche Fraktionen beharren auf in bester Ordnung und Befähigung, und die furchtbare Materie bewirkt es, daß auch die Vertreter der extremen Rechten, deprimiert und verstimmt, ohne die üblichen Barmhertigkeiten zu verweigern, die Redner der Linken ausreden lassen. Selbst Purischewitsch, der erst vor kurzem von seiner nationalen parlamentarischen Tribüne herab erklärt hatte, er sei stolz darauf, daß sein Verband eine Skizze der politischen Geistespolitik bilde, selbst dieser Mann veriperte seine Lust zu der von ihm angeführten Gegeninterpellation und hörte die Opposition nicht.

Bei der Besprechung der Affäre konnte der Sozialdemokrat Palkowsky mit der Aufzählung einer Reihe von Einzelheiten über andere Provokationsfälle kommen, die trotz aller Geheimhaltung in die Öffentlichkeit durchdringen. So entpuppt sich in Lwow vor dem Kreisgericht ein Angeklagter, gegen den wegen Ermordung eines Gendarmen verhandelt wird, als Agent der Sicherheitspolizei. In Zskateinostok wird ein Polizeiführer mit Schwefelsäure übergoßen; der Täter aber erklärt, daß er als berufsmäßiger Provokateur in der Sicherheitsabteilung diene. In Grodno verhandelt die Gerichtskammer über eine Organisation der Sozialrevolutionäre, und als Hauptorganisator, der einen ganzen Plan terroristischer Akte ausgearbeitet hat, erweist sich wiederum ein Polizeilagent. In Kiew mußte der Chef der Geheimpolizei zugeben, daß eine Erprobung, aber die dort vor Gericht verhandelt wurde, von einem Geheimagenten geleitet worden sei. Dank der Revision des Grafen Paplen erfuhr man, daß der Polizeioberst von Michabod, Borow, zu verurtheilten Provokationswerken die Ermordung des Iprawlans von Merio vorbereitet hat. In Jpatigorsk brachte es der dortige Polizeipräsident Galis fertig, in Gemeinschaft mit seinem Bruder dem Gendarmenchef, ein Attentat auf seine eigene Person zu inszenieren, wobei ein Unschuldiger getödtet worden ist. Ganz ähnlich war der Fall des Gendarmenleutnants von Wladimirsk. Palkowsky schloß: Die terroristische Provokationsfähigkeit Agiew, dank dessen energischer und bewegener Mitwirkung die Ermordungen von Schime, Lammik, Bogdanowitsch gelungen, die Attentate auf Trepon, Kitzels, Duranow, Dussow, Stolschin und selbst auf den regierenden Kaiser versucht worden seien, unter dessen vom Polizeidepartement gesammter und zahlreicher aktiver Teilnahme der Unschuldige von Moskau und die Aufsturzversuche von Scharow und Kronschtadt organisiert worden wären — dieser Provokationsfaktor sei eben der Mittelpunkt des ganzen Provokationsystems der russischen politischen Polizei.

Daß die Forderung Palkowsky auf Dringlichkeit der Interpellation, eine in ihrem Kern von sämtlichen Rednern der Opposition getragene Forderung, von der Duma abgelehnt worden ist, entspricht voll und ganz der Taktik der maßgebenden Partei, der Odnobriten.

In Krakau findet vom 17. bis 19. Februar ein Prozeß statt, in dem das russische Landpostwesen beleuchtet werden wird. In der von Watat und Burzew verfaßten ersten Akte der 60 Agenten provokateurs befindet sich auch die Stenografin Borowska. Da der „Napros“ in einem Artikel über diese Affäre auch ihre Rolle beleuchtete, klagte sie den verantwortlichen Redakteur Genossen Sedek wegen Ehrenbeleidigung. Für den Prozeß sind auch Watat und Burzew als Zeugen vorgeladen. Am 14. tagt außerdem ein Parteischiedsgericht wegen des Schriftstellers Stanislaus Brzozowski, der ebenfalls von Watat als russischer Polizeispitzel bezeichnet wurde, der aber die Wahrheit dieser Behauptung bestritt.

Die Neu-Wahlen in Italien.

Die italienische Kammer ist geschlossen und wird wahrscheinlich vor den Neuwahlen nicht mehr zusammenzutreten. Diese finden am 7. und 14. März statt. Von anderer Seite wird jedoch gemeldet, daß das Ministerium sie erst auf Ende April festsetzen wolle. Jedenfalls haben unsere italienischen Genossen die Regierung im Verborgenen, daß sie die Wähler möglichst übertrumpfen möchte, und bereiten sich deshalb schon auf die Wahl vor. Jurtzeit wird in der italienischen Parteipresse die Wahlkampf besprochen. Ferrri verteidigt im Mantuaer Parteiblatt die Auffassung, es sei Aufgabe der sozialistischen Partei, die demokratischen Energien des Landes zu unterföhren, also mit den Republikanern, Radikalen und anderen antikerikalen Kandidaten gemeinsame Sache zu machen. Des weitern spricht sich Ferrri gegen die Auffassung von bloßen Jährländern aus. Nur in solchen Fällen, in denen keine der bürgerlichen Kandidaten vertrauenswürdig sei, dürften Jährländer aufgestellt werden. Die Zeit der patriotischen Wahlkämpfe sei für unsere Partei vorbei. Es ist hier zu bemerken, daß Ferrri an der politischen Bewegung aktiv nicht mehr teilnimmt. Der „Avanti“, der bekanntlich jetzt reformistisch besetzt ist, tritt den Ausführungen Ferrri über die Wahlkampf vollkommen bei, während Lurcati sich gegen diese Auffassung wendet und Wahlbündnisse mit dem „Meritalians“ der Liberalen freimunter demüthigt.

Dem Dekret, durch das die Deputiertenkammer aufgelöst wird, ist ein von allen Ministern unterzeichnetes Expose beigegeben, in dem es heißt, das Ministerium habe genau geprüft, welches der geeignetste Zeitpunkt für die Neuwahlen sein würde, und habe dabei hauptsächlich in Betracht gezogen, daß der Wahlkampf in vielen Teilen Italiens bereits begonnen habe, und daß die wahren Interessen des Landes gefährdet würden, wenn der Wahlkampf zu lange andauere. Das Ministerium habe ferner erogen, daß die Detachierung von Rastina nach Reggio, die in ganz Italien von

Wander der Brüderlichkeit geschaffen habe, für das nationale Volk ein Anreiz sein werde, keine britische Kompse beiseite zu lassen und nur an die großen Interessen des Vaterlandes zu denken.

Das Expose führt dann die von der jetzt aufgelösten Kammer beschlossenen wichtigsten Reformen an, darunter die Ausdehnung des Staatsbetriebes auf 13.200 Kilometer Eisenbahnen, die Kontroverse der Rente, die Herabsetzung des Petroleumspreises, die Ermäßigung der Postgebühren, die Verstaatlichung von Emissionenbanken. Das Expose erwähnt ferner die in allen Zivil- und Militärverwaltungen eingeführten Reformen, die sozialen Reformen, die aus Anlaß des letzten Erdbebens getroffenen Maßnahmen usw. Alle vorentworfenen Maßregeln entsprechen der Politik des Friedens, der Freiheit, der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit, die mit immer wachsender Festigkeit und Energie fortgesetzt werden sollte, wenn wir wollen, daß unser Land rasch das hohe Ziel erreicht, das das Ideal aller dieser ist, die Italien leben. Daß dieses Ziel erreicht werden kann, zeigen die von Italien in den letzten Jahren gemachten Fortschritte. Das Budget befindet sich seit mehreren Jahren in blühendem Zustande. Der wirtschaftliche Fortschritt Italiens zeigt sich auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens.

Au das arbeitende Volk aller Nationen in Oesterreich wendet sich der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichsrath mit einem Anruf, den die österreichischen Parteiblätter am vergangenen Sonntag veröffentlichen. In diesen werden die Arbeiter aufgerufen zum Kampfe „für das Recht des Parlamentes, gegen die Alleinherlichkeit der Burenkrauel für den nationalen Frieden, gegen die nationalistische Hege! für die Sozialversicherung und soziale Reform, gegen die Herfürer des Parlamentes!“ Das Parlament ist bekanntlich geschlossen worden, da die Regierung unfähig war, der Opposition Herr zu werden, die chauvinistischen Feindschaften zu bändigen. Die Sozialdemokraten aller Nationen wollen die Verwirklichung des nationalen Friedens durch das Gesetz. Sie sind der vollen Ueberzeugung, daß die nationalen Gegensätze nicht durch Unterdrückung der einen oder anderen Nation beseitigt, sondern, daß sie nur durch friedliche Vereinbarungen gelöst werden können. „Darum verlangen wir die Festsetzung der nationalen Rechte für alle Völker und alle Länder des Reiches durch Gesetze, deren Inhalt durch Verhandlungen von Völkern zu Völkern festgelegt werden soll.“ Es sollen im ganzen Reich Versammlungen einberufen werden, in denen gegen den Schluß des Parlamentes protestiert wird; die Volkvertretung darf bei der Lösung dieser Frage nicht ausgeschaltet werden, sondern gerade sie ist in erster Linie dazu berufen, einen Ausweg zu finden. In Wien finden dieser Tage bereits 16 große Versammlungen statt.

Ein deutsch-chilenischer Zwischenfall. In der deutschen Gesandtschaft in Santiago ist kürzlich ein Brand ausgebrochen, bei dem der Gesandtschaftssekretär Verletzt sein Leben einbüßte. Die Ursache ist festgestellt, handelt es sich um eine Veranlassung und der Sekretär ist ermordet worden. Verschiedene deutsch-chilenische Beziehungen sind durch die chilenischen Behörden schwer geschädigt worden, und haben das Reich um Verlust anregerungen. Der Gesandte in Santiago, der die Interessen der Gesandtschaft wahrnahm, hat über die Verhältnisse berichtet, in denen die Aufnahme der Klagen der Deutschen gefordert wurde. In diesen Klagen war der Tod des Sekretärs Verletzt angedeutet worden, und diese entsetzliche Drohung wurde nun wirklich in die Tat umgesetzt. — Wie der Zwischenfall erledigt werden soll, darüber ist Näheres noch nicht bekannt; aber selbstverständlich wird die chilenische Regierung mit allem Nachdruck angehalten werden, die Schuldigen zu bestrafen und eine entsprechende Entschädigung zu leisten.

Partei-Angelegenheiten.

Die Gemeindevorstandswahl in Offenburg. In der 1. Wählerklasse endete mit einem Siege der Liberalen Liste, auf die sich 24 bis 28 Stimmen vereinigen, während die Zentrumliste 55 Stimmen erhielt. Die Nationalliberalen hatten einen Sozialdemokraten mit auf ihre Liste genommen, der nunmehr auch gewählt ist. — Im Offenburger Bürgerausschuß sitzen nunmehr noch zwei Sozialdemokraten, nachdem die sozialdemokratische Liste in der 2. und 3. Wählerklasse unterlegen ist. Dem Stadtrat gehören zwei Sozialdemokraten an, die aber vermuthlich von den Gegnern jetzt auch aus dem Stadtrat beiseitigt werden.

Die Bochumer Stadtverordnetenwahlen für die 3. Abteilung wurden mit 23 Stimmen der Nationalliberalen gegen 16 Stimmen des Zentrums für ungültig erklärt. Die Wahlgelegenheit war, wie seiner Zeit gemeldet, eine so schlechte, daß es zu stürmischen Szenen kam und Hunderte von Wählern unversitteter Schläge umhertreiben mußten. Das Zentrum trat mit allen erdenklichen Mitteln ein und gelang es schließlich der Wahl ein.

Das Schöffengericht verurtheilte den Redakteur des „Volkblattes“, Genossen Jörn, wegen Beleidigung eines Schynmannes zu 14 Tagen Gefängnis. Der Anwalt hatte einen Monat beauftragt. Die Beleidigung fand das Gericht in einer Notiz, in der es von dem betreffenden Schynmann, der wegen schwerer Körperverletzung mit 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt ist, hier, er werde von der Gewerkschaft nicht angesehen. Ein vom Genossen Jörn geladener Zeuge, der das bestritten sollte, wurde nicht vernommen, wobei dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis abgehandelt war. Gegen diese eigenartige Pflege der Justiz wird Berufung eingelegt werden.

Sächsische Kandidaturen. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Porsheim stellte am Sonnabend für die beiden Provinzialparlamentarierwahlkreise nahezu einstimmig die Genossen Reichslandtagsabgeordneten Adolf Geß und Richard Hoyer, dem amier des Wanderverbandes in Mannheim als Kandidaten auf. In der Ansprache wurden nochmals die Schwierigkeiten berührt, die der Wiederwahlkandidat Geß in den Weg traten. Die beiden Kandidaten erklärten vor der Anstellung, daß die Casscheidung des Mannheimer Parteitages für sie die Grundlage ihrer sächsischen Haltung sein werde.

Arbeiterbewegung.

Eine Diensthoren-Organisation des Zentrums. In der Sozialdemokratie von vornherein das Wasser abgegraben, bemüht sich der bekannte Zentrumsabgeordnete Dr. Stein seit Jahr und Tag um die Gründung einer Diensthoren-Organisation für Bayern. Der Widerstand der Bauern, die fürchten, sich einen wirtschaftlichen Gegner groß zu ziehen, scheint jetzt gedrohen zu sein. Am 25. Januar d. J. fand in Regensburg die Gründungs-Versammlung, an der sich circa 300 Teilnehmer — in der Hauptsache Geistliche und Bauern betheiligten — statt. Am 10. März waren die Diensthoren betriebslos. — Dr. Stein entwickelte seinen Plan, der in dem Grundgedanken gipfelt: Arbeiter und Arbeiter gehen zusammen, es muß wieder ein parlamentarischer Verhältnis zwischen diesen bestehen. Die Organisation soll sich folgendermaßen gestalten: Der Diensthoren-Verein erstreckt sich über das ganze Königreich Bayern r. d. Rh., und besteht aus den Ortsvereinen nach Seelforgebezeiten, die sich zu einem Ditzelsanverein zusammenschließen. Die Ditzelsanvereine bilden den Landesverein. Der Ortsverein gliedert sich jeweils in eine Sektion der männlichen und der weiblichen Diensthoren. Ordentliches Mitglied kann jeder katholische, unbefohlene, landliche Diensthore mit 18 Jahren werden, der keiner anderen Diensthoren- oder Arbeitervereine, die nicht mit

Christlicher Lage bezieht, angehört. Der Ortsvorstand hat das Recht zu, Diensthoren einer anderen Konfession als ordentliche Mitglieder auszunehmen.

Der Jahresbeitrag ist auf 2 Mark bemessen. Außerdem gibt es „Schynmittler“, die jährlich 3 Mark zu zahlen haben. „Schynmittler“ kann jede unbefohlene Person werden, die Interesse für die landlichen Diensthoren bekennt. — Geradezu raffiniert ist die Organisation der Zeitung angeordnet, die es der Geistlichkeit und damit den Zentrums-Agitatoren ermöglicht, jederzeit das Heft in der Hand zu halten.

Die Vorstandschaft des Ortsvereins setzt sich zusammen aus:

1. einem von den Diensthoren gewählten Obmann;
2. einem Obmann des Bauernvereins;
3. dem Seelforger oder einem von denselben ernannten Stellvertreter.

Falls ein Geistlicher nicht gewonnen werden kann, kann die Ditzelsanvereinschaft ein Schynmitglied, das dem Bauernstand nicht angehört, in die Ortsvereinsvorstandschaft entsenden.

Die Vorstandschaft des Ditzelsanvereins besteht:

1. aus einem von den Seelforgern (Ortsvorständen) gewählten, vom Bischof zur Befähigung erteilten Ditzelsanpräses;
2. aus einem Delegierten der Vorstandschaft des für die Ditzelsanvereins hauptsächlich in Betracht kommenden Ortsvereins der Geistlichen Bauernvereins;
3. aus zwei Delegierten der ordentlichen Mitglieder der Ditzelsanvereins, welche durch die Obmänner der männlichen Diensthoren der Ditzelsanvereins gewählt werden.

Die Vorstandschaft des Landesvereins ist in ähnlicher Weise zusammengesetzt. Sobald auch dort das Zentrum durch die Geistlichkeit, und das Unterehemerium durch die Geistlichen Bauernvereins das Ganze nach Belieben dirigieren können. Außerdem soll die neue Organisation mit anderen Zentrums-Organisationen (katholische Arbeitervereins, Bauernvereins, mit dem kirchlichen Arbeiterverein und den sogenannten Patronagen, den Schynvereinigungen katholischer Damen) in enge Fühlung treten. „Aufklärung soll verbreitet werden durch Versammlungen und ein noch zu schaffendes Vereinsorgan, das für männliche und weibliche Mitglieder getrennt sein soll. Als positive Vortheile werden in Aussicht gestellt: Ausunterweisung, Interessvertretung gegenüber der Regierung und dem Parlament, Alters-, Versorgungs- und Erholungsheim, Erbauung von Arbeiterwohnhäusern. Für Parlamente Diensthoren werden Sparrämien von 5 bis 10 Mark ausgesetzt. Von der Interessensvertretung gegenüber dem Unterehemerium ist mit keinem Wort die Rede.

Die Rabboder Wohlthätigkeitsplage. Der Verantwortliche der Dormunder „Volkzeitung“, Genosse Rottböhm, hatte sich wegen angeblicher Beleidigung der Direktoren von „Rabbod“ — Kommerzienrat Janßen und Berggasseff Andre — zu verantworten.

In einem Artikel unseres Parteiblattes waren die Häuser der Arbeitssolome als „Hundehäuser“ und „Sommerblühen“ bezeichnet worden; ferner ist über schlechte Behandlung der Vergleiche geklagt worden. Den Direktoren wurde dann später auch der Vorwurf gemacht, an dem geistlichen Stubenungstisch auf „Rabbod“ durch prächtige Nachlässigkeit und Gewinnsucht mitzuschuldig zu sein. Gegen diesen weit schwereren Vorwurf hatten sie die Hilfe des Gerichts nicht nachgesucht. — Der Verantwortliche unseres Genossen konnte feststellen, daß die „Arbeiterzeitung“ auf 200 Spalten den Klägern Ausbeutung, Raubbau, Wassermangel und vieles andere vorgeworfen, ohne daß die Herren sich „beleidigt“ fühlten, und beauftragte deshalb Verlegung der Verhandlung, bis die Unternehmung über die Ursachen der Rabboder-Katastrophe beendet sei.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, sowie auch der, die Beweisaufnahme auf die Mithilfe der Direktoren an dem Urtheil auf der Strafe auszudehnen, denn — so schlußfolgerte der Vorsitzende — wenn sich dieser Vorwurf bestätigte, könnten die Herren nicht den Schutz der Gerichte anrufen, zummindest bliebe dies auf die Höhe der eventuellen Strafe nicht ohne Einfluß.

Die Beweisaufnahme war — trotz der desolaten Einschränkung — bernüchtern für die Gegenverwaltung. Durch die etwa 30 Zeugnisaussagen wurde festgestellt, daß die Wohnungen so „schlecht“ gewesen seien, daß das Wasser stromlich an den Wänden herunterlief, Betten und Kleidungsstücke verfault seien. Die Wände wären mit Eis überzogen gewesen, den Kindern mußten Nachts Strümpfe über die Hände gezogen werden und viele Kinder und Frauen seien erkrankt. Umhertrenn hundert Zentner Kartoffeln seien den Arbeitern erstoren, da die Wände viel zu dünn gebaut worden seien. Ja, das Gewe wüchse zwischen den Fußlesten heraus.

Der Bezirksleiter des christlichen Gewerksvereins behauptet, daß die Rabboder Kolonie die schlechteste sei, die er kenne, die ganze Kolonie soll auf einem früheren Schumpfe aufgebaut worden sein: 35 Zentimeter unter den Fußern liege schon Grundwasser. Die der Hedenpöller Feld behundet, sei es vorgekommen, daß Häuser in vierzehn Tagen fertig gebaut worden seien. Selbst der Hammer Stadtbaurat gab zu, daß beim Bau der Häuser gesündigt worden sei, da die Arbeiter zu schnell gebaut und zu früh bezogen worden seien. Reklamationen hatten nur den Erfolg, daß die Verurtheilten entlassen wurden. Entschädigung ist nie gezahlt worden.

Es wurde noch festgestellt, daß Wohnreduktionen vorgenommen sind, obwohl die Arbeit beschwerlicher wurde.

Der Anwalt beauftragte drei Wochen Selängnis. Nach muthungsvoller Verteidigung sowohl durch den Rechtsanwalt Franz, wie durch den Angeklagten selbst beschließt das Gericht, das Urteil Dienstag Nachmittag 1 Uhr zu verhandeln.

Bei dem Grabenanlaß auf „Hede Markmillan“ bei Dortmund handelt es sich nicht — wie bürgerliche Blätter berichten — um eine Gasexplosion, sondern um eine Wetterexplosion. Es dauerte eine halbe Stunde, bis das Wetterquadrat über Tage geblieben war, und die übrige Mannschaft ansfahren konnte, was sich unter Lampen an holen und die Rettungsarbeiten aufzunehmen. In der Morgenstunde wurden aber nur zwei Leute zu den Rettungsarbeiten angefaßt und in der Nachmittagsstunde nur der Leut, was in den Verlegungen große Erregung hervorgerufen hat. Wenn nicht mehr Leute demüthigt sind, so ist dies dem Umstand geschuldet, daß im ganzen nur 18 Mann in der Grube waren.

Welt und Leben.

Schlackensteine als Strafenpflaster. Wir lesen in der „Chemiker-Zeitung“: Während man in England schon seit geraumer Zeit Bälle aus Hochofenschlacke als Pflastermaterial verwendet, ist man in Amerika erst jetzt auf diese Art der Verwendung von Hochofenschlacke gekommen. Der Hauptort der Schlackenstein-Industrie ist Widdlesborough in England. Eine New Yorker Firma hat kürzlich die Pflasterwerke des blickenden Teils der Stadtwell Island-Brücke mit Schlackensteinen übernommen, welche eine Million Strafen ersparlich sind. Die Strafen sind 9 Zoll lang, 2 1/2 Zoll breit und 4 Zoll hoch und werden durch Eingießen der flüssigen Hochofenschlacke in eiserne Formen hergestellt.

Verantwortliche Redakteur: Richard Schöler. — Druck und Vertrieb: Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler.

Aus der Geschäftswelt.

Die weisen unsere Leser auf den Prozeß der Aktien und der kanonischen Erbschaftsrechnung an. — Druck von Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler. — Druck von Carl Schöler.

Stadt-Theater.

Freitag 7 Uhr:
„Coburgin“.
Sonnabend 7 Uhr:
„Hilda“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der tapfere Soldat“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Coburgin“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Tiefen“.

Theater-Redoute.

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Tollarprinzessin“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Moral“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der tapfere Soldat“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Tollarprinzessin“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Der tapfere Soldat“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag 8 Uhr:
„Die verkaufte Glocke“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Die verkaufte Glocke“.
Freitag 8 1/2 Uhr:
„Die verkaufte Glocke“.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Hygieine auf Tauris“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Die Förtner-Christel“.
Freitag 8 1/2 Uhr:
„Gretchen“.
Sonnabend 8 1/2 Uhr:
„Die Förtner-Christel“.

Liebig's Etablissement.

Robert Steidl
Februar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater.

Das brillante
Februar-Programm.
14 Attraktionen 14
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend tags gültig.

Zeltgarten.

Dr. H. Krosch.
Ganz neues Programm!
11
Spezialitäten!

Palmengarten.

Dr. H. Krosch.
Das
Italienische Blas-Orchester
unter der genialen Leitung des
Herrn Felice.
Es gibt die besten Instrumente.
Entrée frei!

Breslauer Konzerthaus

Donnerstag, den 11. Februar,
abends 8 Uhr:
Gr. Grammophon-Konzert
arrangiert 6-0
von der Firma Carl Sackur.
Nach dem Konzert:
Tanzkränzchen
mit Benutzung
des neuen Tanzalbums d. Deutschen
Grammophon-Akt.-Ges. zu Berlin.
Im Vorverkauf:
Saubilletts 30 Pf., Logo 50 Pf.
An der Kasse 10 Pf. Zuschlag.

Viol Geld verdienen

Herren u. Damen
601
aller Gesellschaftsklassen durch
Abschluss von Lebens-, Unfall-,
Haftpflicht- und Volks-Versiche-
rungen i. allererste Gesellschaft.
Spez. i. Stadteinstellung geeignet.
Hohe Provision, eventl. Fixum.
Offert. unt. A. 621 an Haasen-
stein & Vogler, A.-G., Breslau.

Tüchtige Wickelmacherin

Wahler, Garzent. 36.

Kaufe gebr. Möbel

Geb. billige Möbel!
Schränke, Sofas, Stühle, Spiegel, Porzellan,
Bilder, Teppiche, Federbetten zu verkaufen.
Friedrichstraße Nr. 60. 645

Umsonst

50 neue Fell- und Leder-
25 Fell- u. Leder- u. 20
St. Böttch. ab. für viele 5 Cent
u. Randsch. ab. Hal. bez.
1. Zeit in 55-60 Minuten
geb. M. Roll-Festfahrgänge
in 2-2.65. befrist.
E. Degeuer, Schwimmb. 130.

Bettfedern und fertige Betten.

Spez. Brautausstattung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerstück
Bresl. Reichstr. 32/33.

Flott tanzen

lehrt i. 3 Wk. jed. Sonntag nachm.
b. 4 Uhr ab. Walzer u. Rheinländer
in 2 Stunden nur
Veltige Geisstraße 18, I.

Schönes Brot

best. sowie hausbacken, empfiehlt zu
billigen Preise
C. Fiebach's Bäckerei,
Friedrich-Wilhelmstraße 82.

Eine jede Klinge

gebraucht nur
Mutter Spül-Spritzen
D. R. O. M. 44. 6. 8. 10. 12 M.
a. d. Alleinverk. W. Schlegel
Breslau I. Nikolaistraße 21.
Verletz. ausgeschl., sicher d.
Beste. Zahlr. Anerk. Bedien.
i. Damen sep. l. Et. Hauseng.
i. d. r. Versand. Nachn.

Anzüge

Direkt in
der Fabrik
nur
aus
Preisfabrik Juliusberger,
Hilberstraße 41, II. 642

Arbeiter-Notiz-Kalender 1909

Preis 60 Pfg.
Buchhandlung
„Volkswacht“.

Transportarbeiter-Verband (Zahlstelle Striegau).

Sonnabend, den 13. Februar, in der Bierquelle:
Winter-Vergnügen
TANZ mit darauffolgender Verlojung. 646
Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein.
Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Zur Konfirmation!

Grösste Auswahl
in schwarzen und weissen

Kleiderstoffen

Woll- und Waschstoffe.
Besonders empfehlenswert: 647

Schwarz reinwollener Cheviot 95
Mtr. Mk. 2.—, 1,75, 1,35, 1,10, 95 Pf.

Schwarz u. elfenbein Satintuch 1,35
Mtr. Mk. 2,20, 1,75, 1,35

Elfenbein, Panama und Diagonal, waschbare Qualitäten 80 Pf.
Mtr. Mk. 2.—, 1,80, 1,50, 1,25, 1.—, 80 Pf.

Spitzenfächer gratis!

J. Mamlok

Kupferschmiedestraße 42, part. bis 4. Etage.

Proletarierkrankheit und franke Proletarier.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Die grosse Woche Inventur-Verkaufs

meines diesjährigen
hat begonnen.
Riesige Auswahl
in
Gebrauchs- u. Geschenk-Artikeln.
Spottbillige Preise.

Meine grosse Ausstellung in den Schaufenstern beweist die anerkannte Leistungsfähigkeit.

Kaufhaus H. Sachs

1. Geschäft: **Gartenstrasse 95**, part. u. 1. Etg.
Ecke Teichstrasse.
2. Geschäft: **Adalbertstrasse 20**
Ecke Schellingerstrasse.

Spezial-Offerte für Gastwirte:

Bierkuffen, 0,4 L.	per Stück	18 Pf.
dicke Bierbecher, 1/4 L.	„ „	8 Pf.
dicke Porzellan-Essteller, flach u. tief	„ „	20 Pf.
dicke Porzellan-Schnittteller	„ „	14 Pf.
dicke Porzellan-Kompotteller	„ „	10 Pf.
dicke Porzellan-Tassen	per Paar	25 Pf.
grosse Porzellan-Tassen	„ „	16 u. 18 Pf.
Nickelbestecke	„ „	32 Pf.
genietete schwarze Bestecke	„ „	19 Pf.
Porzellan-Schwedenständer, extra stark	per Stück	25 Pf.

und viele andere gangbare Artikel riesig billig.

„Der wahre Jakob“

Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Wichtige Agitations-Literatur.

Ziele und Wege, Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen	—20
Stamper, Religion ist Privatsache	—20
Erdmann, Der Schwindel der Merkanten Arbeiterpolitik	—35
Diehgen, Sozialdemokratische Philosophie	—30
Kautsky, Die Sozialdemokratie und die kath. Kirche	—30
Rühle, Die Volksschule, wie sie ist	—30
Rühle, Die Volksschule, wie sie sein soll	—30
Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten	—10
Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation	—25
August Müller, Gewerkschaften und Unternehmerverbände	—30
Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokraten im Lichte der Kulturentwicklung, ein Führer durch die sozialistische Literatur	—50
Unser Kaiser und sein Volk, von einem Schwarzfischer	1,50
Das persönliche Regiment, v. Wilhelm Schröder	1,—
Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft	—15
Waren die Urchristen wirklich Sozialisten?	—15
Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?	—20
War Jesus Gott, Mensch oder Hebräer?	—15
Donat, Wider Gottes- und Bibelglauben	—30
Diehgen, Die Religion der Sozialdemokratie	—25
Parvus, Die Arbeiterschaft und die Reichstagswahlen	—30
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	—10

Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Graupenstrasse 5/6.

Achtung! Achtung!

Protest-Versammlung

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr, im
„Deutschen Kaiser“, Friedrich-Wilhelmstraße 35.
Tages-Ordnung: 644
1. Konzeptionierung des Flaschenbierhandels. 2. Markt-
kassenhandlung und Bierhandel. 3. Verschiedenes.
Dringend eingeladen sind sämtliche Vorpost-, Milch- und
Butterhändler, sowie sämtliche Markthallenstandinhaber.
Bereits Breslauer Iron- und Gräpner-Verein der Milch- u.
Bikvialhändler. Jung. Butterhändler.
Reinert, Postgasse. Hentschel, feldh. Strümpfer. Beaser, Fährgraben.

Deutscher Kronprinz

Westendstraße 52.
Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr:

Öffentlicher Vortrag

Rediger Tschirn. 631
„Der liebe Gott und das Unglück von Mexiko“.
Entrée im Saal 10 Pf., an der Loge 20 Pf.
Vorverkaufsstellen: Zigarettenhändler P. Reuber, Friedrich-Wilhelmstr. 32,
Friedrichstr. 100, Leopold, Friedrichstr. 21, Hofmann,
Friedrichstr. 14/15, Reiter, Kleine Gröbenstraße 5 u. 33, und bei Gebr. Karsch.

Kranken- und Sterbefälle „Beändigt“

General-Versammlung

Freitag, den 12. Februar 1909, abends 8 Uhr,
im Saal „Zum goldenen Zepter“, Klosterstraße 47.
Tagesordnung:
1. Bericht — gemäß §§ 30 und 42 des Statuts.
2. Die Mitglieder, die nach der weiblichen, werden zur Teilnahme herangezogen.
Der Saal ist bei der Saal mit nur geringfügigen Zuschlägen, welche
mit dem Eintritt nicht im Widerspruch sind, gegen Vergütung der Eintritts-
karte (gemäß § 42). 643
Der Vorstand.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Februar.

Geschichtskalender.

10. Februar.

- 1847 Der amerikanische Erfinder Edison.
- 1901 Der Hygieniker Max von Pettenkofer.

Oberpräsident und Straßprofessor gegen die Junkerliche Domagoge.

Verschiedentlich haben wir nachgewiesen, daß es nichts aus Heuchelei ist, wenn die Junker ihre Opposition gegen die Nachlasssteuer damit begründen, daß diese Steuer gerade den kleinen Landwirt am härtesten trifft. Da die Nachlasssteuer erst bei einer Erbschaft im Werte von 20.000 Mk. beginnt, wird der kleine und mittlere Bauer gar nicht von der Steuer getroffen; und selbst der Großbauer soll nur eine ganz minimale Erbschaftsteuer zahlen, die seine Einnahmen und seine Lebenshaltung nicht im geringsten beeinträchtigt. Das mußte bekanntlich sogar der Oberpräsident von Schlesien kürzlich zugeben. Befähigt werden diese Ausführungen durch eine Berechnung des bekannten Straßprofessors Julius Wolf (Breslau) im „Scherl'schen Tag“.

Die besagten Ausführungen des Landesnachrichtener sind in der Tat ein Werk geleiteter Agitation gewartig übertrieben worden, wenn den bauerlichen Besitz, den sie in seiner Existenz bedrohen soll, kritisch ist, ist überhaupt nicht, nämlich nicht den Klein- und Mittelbesitz. Den Großbauer aber bezieht sie mit einer Steuer, die bei der Möglichkeit einer Verteilung auf zehn Jahre, von welcher Möglichkeit, da die Schuldung zinslos erfolgt, ausgiebig Gebrauch gemacht werden wird, so wenig ist, daß er sie auch unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen als den heutigen ohne sonderliche Beschwerde aufzubringen vermag.

Nach den auch von den Vertretern der Landwirtschaft akzeptierten Ziffern der amtlichen preussischen Statistik ist der durchschnittliche Vermögenswert kleinbäuerlichen Besitzes in Preußen 1900, jener mittelbäuerlichen Besitzes 15.500 Mark. Die Nachlasssteuer beginnt aber erst bei einem Wert des Nachlasses von mehr als 20.000 Mark. Klein- und mittelbäuerlicher Besitz fällt also in der Tat nicht unter sie.

Der durchschnittliche Vermögenswert großbäuerlichen Besitzes ist in der amtlichen Statistik mit 40.700 Mark angegeben. Die Nachlasssteuer beträgt bei einem reinen Wert des Nachlasses von 40- bis 50.000 Mark 0,7 Prozent. Sie wird in Wahrheit für den Durchschnitt des großbäuerlichen Besitzes angesetzt, der für Ermittlung des Wertes geltenden Grundzüge nicht über 0,7 Prozent sein, bei Einstellung aber auch eines Anlages von 0,7 Prozent bedeutet das eine Nachlasssteuerpflicht im Ausmaß von 285 Mark, sowie in zehnjährigen Ratenabzahlungen abgeführt, eine jährliche Steuerlast von 28,50 Mark. Da dieser Steuer eine Erbschaft im Werte von 40.700 Mark gegenübersteht, sollte sie von den Erben geteilt werden können, ohne ihre wirtschaftliche Existenz zu gefährden, und ohne das Gefühl einer unberechtigten „Brandstiftung“ bei ihnen aufkommen zu lassen.

Das ist richtig und auch den agrarischen Agitatoren bekannt. Sie wissen ganz genau, daß die Bauern, die sie zum Protest gegen die Ruinierung der Landwirtschaft durch die Nachlasssteuer anrufen, von dieser Steuer gar nicht getroffen werden; aber die Junker können doch nicht offen zugeben, daß sie wohl der Regierung die zur Reichsrente führenden enormen Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben bewilligt haben, zur Deckung dieser Ausgaben jedoch nichts beitragen wollen, so haben sie denn die Mär von der ruinösen Wirkung der Nachlasssteuer auf den Bauernstand und von der Zerschürung des deutschen Familienfinns erfunden.

Wie der Schwindel blüht.

(Die „Elektra“-Wilder.)

Beharrlicher kann der Maulwurf auf steilem Gebirgsjaune nicht klettern, als sich die Schwindelannonce im Interieur der bürgerlichen Presse erhält. Und was man die überlieferten Erfahrungen gemacht, mögen hereingefallene Abonnenten bitter und böse ihr Leid geklagt haben — immer wieder erscheint die Spekulation auf die Dummheit in neuer Gestalt, und immer wieder gehen diese in die Reihe des offenkundigen Schwindels. Die Anschläge auf den Geldbeutel gelingen um so leichter, je größer die Eitelkeit der interessierten Firma ist, und je mehr sie von absoluter Gewähr für die Resultate der „Offerte“, von einem „noch nie dagewesenen Angebot“ spricht.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Sven Hedin Entdeckungen. Sven Hedin hielt am Freitag auf Einladung der Anthropologisch-Geographischen Gesellschaft in Stockholm einen zweieinhalbstündigen Vortrag über seine Forschungsreisen in Tibet. Der Präsident der Gesellschaft, Montelius, teilte mit, daß dem Forscher die Wahlberameidalle verliehen und ein Fonds von vorläufig zehntausend Kronen gestiftet worden sei, der Hedin's Namen führen und für die geographische Forschung verwendet werden solle. In dem nun folgenden Vortrag hob Hedin als wichtigstes Ergebnis seiner letzten Reise hervor, daß er die Quellen des Indus entdeckt und eine genaue Karte dieser Gegend aufgenommen habe. Ferner habe er nordwestlich von Schigatse den Transhimalaya überschritten und sei bis zu den heiligen Seen von Manasarovar vordringen, wo er mehrere bisher unbekannte Gebirge und einen großen See, den größten des ganzen Systems, entdeckte. Er habe ferner den wirklichen Lauf der Quellen des Brahmaputra festgestellt und dargelegt, daß der Flussarm, welcher bisher als Quelle angesehen worden sei, nur ein Nebenfluß sei. Endlich habe er festgestellt, daß die westliche Teil des Transhimalaya erforscht, deren Zusammenhang bisher völlig unbekannt war. Es sei ihm gelungen, eine genaue Kenntnis dieses Gebirgsystems zu erlangen, das in seinem Charakter so sehr vom Himalaya abweicht.

Welt und Leben.

Von der Cholera in Petersburg entwarf kürzlich ein englischer Korrespondent düstere Bilder. Die Hoffnungen, daß das kalte Wetter der Seuche Halt gebieten werde, hat sich nicht erfüllt, die Krankheitsfälle mehren sich in allen Stadtteilen. Am schwersten heimgesucht sind die äußeren Bezirke. Die Vorstädte erfahren durch die Krankheit nur eine Steigerung des Jammers. In Petersburg herrscht Armut und Trunkenheit, Hunger und Schmutz. Als ich heute den Bezirk um den Volkoff-Friedhof besuchte, wo achtzehn neue Krankheitsfälle eintraten, stieß ich überall nur auf stumpfe Gleichgültigkeit und fand nirgends die Angst und die Verzweiflung, die man erwarten konnte. Die Furcht und der Haß der Bevölkerung kehren sich nun gegen die Ärzte

Es ist bereits oft herbegehoben worden, daß solche Vorkommnisse besonders bei den Angehörigen auf Nachbildung oder Vergrößerung von Photographien ihr Wesen treiben, manchmal in den absonderlichsten Formen. Kürzlich inserierte in Breslauer Blättern eine „Gesellschaft zur Vertiefung des Familienfinns“ in Berlin, die Nachbilder in Photographieform herzustellen sich erbot. Der Schwindel wurde schnell aufgedeckt.

In Breslau scheint sich jetzt ein ähnliches Unternehmen fest angedacht zu haben: die „Elektra“, Photographische Industrie, Breslau II, die schon seit Monaten in allen möglichen Klättern für die „kleinen Leute“, im General-Anzeiger, in dem berühmten Feiertagsabend des Herrn Meyer, in „Christlichen Familienblättern“, in landwirtschaftlichen Zeitungen usw. auf den Gang mit dem Anerbieten auszufrachten. Bildervergrößerungen nach Photographien „fast in Lebensgröße“ umsonst zu liefern. Die ganze Abfassung der Annoncen beweist, daß man vor allem die Wirkung auf die Frauen berechnete. Da ist von der „Weltfirma“ die Rede, die 6000 Bilder mit deshabit Kostenlos herstellen wolle, um Empfehlungen in Fremden- und Bekanntenkreisen zu erlangen; dann wird an die Annonce noch ein auszufüllendes, mit einer Nummer versehener „Aufschein“ gehängt, der die „Annehmlichkeit“ der Firma noch besonders hervorheben soll.

Das interessanteste dabei ist aber nur das System, nach dem die „Elektra“ verfährt. Die alle, schon zu sehr durchschaute Methode, wo die Bilder erst anfertigen, sie aber nur im Rahmen herzugeben. Der sehr anfänglich begahrt werden muß, hat sie über Bord geworfen. Sobald ihr nämlich jemand seine Photographie und dazu die verlangten 50 Pfennige ein, so muß der Stempel gefälligst innerhalb 4 bis 6 Wochen warten. Dann bekommt er tatsächlich eine schöne Tages ein vergrößertes „Bild“. Aber fragt mich nur nicht wie! In einer Paprolle, zerrnüllt mit Flecken, Punkten, matten Stellen, matt, ohne jeden Ausdruck — kurz, total unbrauchbar! Und nun kommt der Trick! denn dem Wilde liegt ein langes Geleitschreiben der „Elektra“ bei, in dem es heißt, daß die „Möglichkeit“ dem Empfänger gewiß viel Vergnügen bereiten werde. Warte dieser aber ein taubstohles, brauchbares Bild haben das erst die „heiligen Hände“ des Kunstmalers bedarf, wie jede Photographie der „Retouche“, so habe man noch 1,25 und entsprechendes Porto einzuzahlen, bloß wegen der „Empfehlung in Fremdenkreisen“. Wie man sieht, ein höherer Schwindel! Mit welchem Raffinement die Firma vorgeht, zeigt folgende Stelle in dem Schreiben:

„In der Annahme, daß auch Sie die kleine Ausgabe von 1,25 Mark nicht scheuen, und daß Sie uns, wie fast alle unsere Kunden, die künstlerische Verbesserung Ihres Bildes bereitwillig übertragen werden, haben wir Ihre Photographie einwickeln zurückzubehalten, damit diese dem Maler zur Unterlage dient.“

„Ob fast alle unsere Kunden“, wie die „Elektra“ schreibt, auf den Reim gegangen sind, können wir natürlich nicht nachprüfen. Jedenfalls sind uns aus unserem Leserkreis schon eine ganze Anzahl Beschwerden über dieses Treiben zugegangen. Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse, die ja teilweise von derartigen Schwindelunternehmen lebt, fühlen wir die Verpflichtung, auf solche gemeingefährliche Manipulationen in der Öffentlichkeit hinzuweisen und Unternehmungen wie der „Elektra“ das Handwerk zu legen. Wenn es nur recht bald Erfolg hätte!

Unentgeltliche Seefisch-Kochkurse.

Einen für Haushaltungen, insbesondere für Arbeiter-Haushaltungen recht vorteilhaften Unterricht im Zubereiten von Seefischspeisen bieten gegenwärtig die von der Aufführungs-Kommission für Hochseefischerer veranstalteten unentgeltlichen Kochkurse. Am Donnerstag und Freitag Abend fand in der städtischen Haushaltungsschule am Saubrunnen der erste Kursus statt und gleich von vornherein muß konstatiert werden, daß alle Teilnehmer des Kursus bestrebt und mit der Ueberzeugung nach Hause gingen, etwas gelernt zu haben, was sich im Haushalte nützlich verwenden läßt. Insgesamt haben sich in der Stadt, wie schon berichtet, jetzt 1200 Teilnehmerinnen gemeldet, die in Gruppen unterrichtet werden. Der Kursus umfaßt zwei Abende und nimmt im ganzen sechs Stunden in Anspruch.

Nachdem die Leiterin des Kursus in einem wohlüberdachten Vortrage den Nährwert der Seefische darlegte und auf die Bedeutung und den Zweck der Kochkurse für Seefischverwertung hingewiesen hatte, besprach sie die noch immer vorherrschenden Vorurteile gegen die Seefische und als diese wieder an einigen Beispielen widerlegt hatte, wurde an die praktische Arbeit gegangen. Zunächst wurde die gründliche Reinigung der Fische vorgenommen und diese dann köstlich hergerichtet. Das war für viele eine ungewohnte Arbeit, zumal auch einige Damen der sogenannten „besseren“ Gesellschaft sich daran beteiligten, die zwar etwas von den Kochkursen profitierten, aber nicht selbst Hand anlegen wollten. In den einleitenden Worten aber gab die Lei-

terin diesen Damen schon zu verstehen, daß alle, die dem Kursus teilnahmen, auch praktisch mitarbeiten müßten, was dann auch allgemein befolgt wurde. Es waren im ganzen einige 60 Pfund Seefische der verschiedensten Sorten, wie Kabeljau, Kesselfisch, Seeborste, Goldbarsch und Backfisch zu verarbeiten. Alle Fische wurden allen am Kursus Beteiligten, 36 an der Zahl, gleichmäßig zugeteilt. Die zur Zubereitung erforderlichen Zutaten waren schon vorher sorgfältig eingeteilt und dadurch konnten schon am ersten Abend, der drei Stunden in Anspruch nahm, die verschiedensten Speisen hergestellt werden, die für den nächsten Abend, der praktische Anweisungen in Hülle und Fülle brachte, zu manch leckerem, aber dennoch kräftigem Mahl verwandt werden. So wurde u. a. auch eine vorzüglich mundebe Süpse von Fischen hergestellt, die, soweit man bei Arbeitern davon reden kann, selbst den verdienstlosesten Gaumen befriedigte. Ebenso fanden die zubereiteten Fischsalats den ungeteilten Beifall der Teilnehmerinnen. Kellern und Pasteten, die sonst nie auf den Tisch des Arbeiters kommen, lassen sich vermöge des billigen Fischfettes ohne große Mühsal herstellen. Die Zubereitung von Fischgulas oder Gallet wurde ebenfalls gelehrt und zum Schluß wurden noch 6 bis 8 verschiedene Saucen gemacht, zu denen der gekochte Fisch vorzüglich munde. Ferner lassen sich verschiedene Gemüße, wie Mohrrüben, Zinsen, Erbse, Mörtartoffeln und Reis ebenfalls mit Seefischen zu einem schmackhaften Gericht vereinigen. Alle Teilnehmerinnen waren ob der schmackhaften Art der Zubereitung sehr befriedigt.

Damit hatte der Kochkurs, zu dem jede Teilnehmerin sich die notwendigen Kochtöpfe, Messer, Gabel, Löffel, selbstmitbringen mußte, sein Ende erreicht.

In späteren Marktberichten dürfte gelegentlich ein Rezept davon für alle diejenigen, die am Kursus nicht teilnehmen konnten, veröffentlicht werden. Bei dem Kursus hatten die Teilnehmerinnen auch Gelegenheit, sich von der Vorzüglichkeit unserer städtischen Haushaltungsschulen zu überzeugen, und Proben von der Kochkunst der Volkswirtschaftlerinnen zu kosten, die zu den Fischspeisen gereichtes Gemüse von diesen zubereitet wurden. Drei Damen des Komitees, welche die Aufsicht führten, waren mit Eifer um die muntere recht lebhaften großen Teilnehmerinnen bemüht. Die Ruhe und Geduld, wie sie ihre Aufgabe erfüllten, war bewundernswert und trachten die Unterrichtsstunden zu recht angenehmen. Hoffentlich sind an den übrigen Kursen recht viele Arbeiterfrauen beteiligt und vielleicht läßt es sich die Aufführungs-Kommission für Hochseefischerer angelegen sein, in einer Statistik festzustellen, aus welchen Kreisen sich die Teilnehmer am Kochkurs rekrutierten.

Propagieren die Teilnehmer in ihren Bekanntenkreisen das Gelernte, dann wird sich auch das Vorurteil gegen die Seefischnahrung bald gehoben haben und die billige, und trotzdem recht nahrhafte Fischnahrung findet mehr Eingang als bisher.

Die Haushaltungsschulen sind mittlerweile eingerichtet. Die Küche selbst besteht aus sechs vollständig eingerichteten kleinen Küchen, von denen in jeder einzelnen acht Personen unterrichtet werden können. Insgesamt können also 48 Schülerinnen zugleich unterrichtet werden. Von der Snaugenscheinnahme einer solchen Küche wird jede wüßende zweifelslos sofort den Nutzen erkannt haben, den die teilnehmenden Schülerinnen gewinnen. Die Haushaltungsschule kann von jeder Schülerin der 1. Klasse unentgeltlich besucht werden. Ebenso können aus der Schule entlassene Mädchen bis zum Alter von 30 Jahren am Fortbildungsschulunterricht der Haushaltungsschule, der ein halbes Jahr dauert und nur monatlich 1 Mark kostet, teilnehmen. Der Teilnehmerinnen ist es freigestellt, die von ihnen zubereiteten Speisen selbst zu verzehren. Anmeldungen hierzu nimmt die Stadtschuldeputation, „Sophie Werner-Stiftung“, entgegen. Die Anfangsgründe für einen sparsamen Haushalt werden hier gegeben und sie sind sicher für viele die Grundlage für den späteren eigenen Haushalt. Der Unterricht selbst bietet aber auch Gewähr dafür, daß solche Schülerinnen später auch einmal ganz brauchbare Kräfte für den Haushalt werden.

Zum Schluß machte die Leiterin des Kursus noch die Mütter auf die Bedeutung der Haushaltungsschulen aufmerksam, was sicher nicht ungehört verhallen wird, da alle Teilnehmer von der Vorzüglichkeit und Nützlichkeit der Einrichtung überzeugt waren. Wenn der Unterricht in der Zubereitung der Seefische so überall in doppelter Weise wirkt, kann die Aufführungs-Kommission für Hochseefischerer und die Leiterin der städtischen Haushaltungsschule mit dem Erfolge zufrieden sein. M. W.

* Talentvolles „Federvieh“.

Im „Vorwärts“ lesen wir: Einer der vielseitigsten und eigenartigsten Exemplare der „Federvieh“-Gattung ist der große Schriftsteller Eduard Goldbeck, und zwar nicht nur insofern, als er gleichzeitig über Jola, Kasernendruck, Saure Surken, die „Lustige Witwe“, die Hoffmanns, den Fürsten Bülow und Kartoffelspiree schreibt, sondern weil er auch nach Limanschem Rezept zugleich demokratisch und konservativ, nationalliberal und nationalsozial zu räsonnieren vermag. Sein journalisti-

und die Gesundheitsbeamten. „Sie kommen, unser Essen zu vergiften“, sagte während eine Frau, „sie kommen, uns auszurauben.“ Aber wir haben unsere Kleidung verpackt, so daß sie mit ihren Mitteln nicht beschmücken können.“ Ich sah einen Cholera-tranken auf der Straße auf den Krankenhauseingängen warten. Er lehnte sich gegen eine junge Frau, und obgleich beide litten, tranken sie hoch ihren Wut aus ein und derselben Glasche. In einer Kapelle beten einige Leute, aber die meisten saßen in der Cholera eine von Gott gelandete Plage, gegen die anzukämpfen unmöglich wäre. Aus der Nachbarschaft von der Dämm eines Erntelagelages, und in einer Wirtshaus tanzten die Gäste. Der Obergesundheitskommissar des russischen Reiches, Schmidt, hat jetzt gegen die Stadtverwaltung schwere Anklagen erhoben, da sie nur die schlechtesten Desinfektionsmittel verwendet; er hat die öffentlichen Klagen inspiziert und dabei festgestellt, daß eine Anzahl von ihnen von Bakterien vollkommen versenkt sind.

Fünftägig Jahre in Männerkleidern. Aus Kopenhagen schreibt man: Wie die „Politiken“ aus Randsbotten Montana erzählt, ist dort vor einiger Zeit eine Norwegerin Ingeborg Wikan gestorben, die während des Zeitraumes von 50 Jahren unter dem Namen Sam Williams wie ein Mann gelebt hat, ohne daß ihr wahres Geschlecht entdeckt worden wäre. Ingeborg Wikan wurde vor etwa 80 Jahren in Hallingdal-Norwegen geboren. Sie hatte zum Sohne des Nachbargutsbesitzers Sam Wikan eine tiefe Neigung; er verlobte sich auch mit ihr; kurz darauf reiste sie mit ihren Eltern nach Amerika, und nach einiger Zeit wanderte auch ihr Bräutigam mit seinen Eltern nach derselben Gegend Nordamerikas aus. Alles ging gut; der Hochzeitstag wurde festgesetzt, plötzlich aber kamen die Eltern des Bräutigams auf den Gedanken, daß dieser eine viel bessere Partie machen könne, und die Verlobung wurde aufgelöst. Ingeborg verließ eines Tages verzweifelt ihr Elternhaus. Sie wechselte ihr Geschlecht und legte Männerkleidung an. Einige Zeit wurde sie als „Waldbarbeiter“ in den großen Waldungen jener Gegend beschäftigt. Dann war sie längere Zeit „Koch“ in verschiedenen Waldbarbeiterlagern, die der Firma „Anderson Brothers“ gehörten. Während des Sommers wohnte sie in Eau Claire, wo sie sich ein kleines Gut gekauft hatte. Nur einmal konnte Ingeborg Wikan der Sehnsucht nach ihren Lieben

nicht widerstehen. Als Landstreicher gekleidet begab sie sich von Eau Claire nach der Gegend, wo ihre Eltern wohnten und bestellte — ohne wiedererkannt zu werden — im Hause ihrer Eltern und ihres früheren Bräutigams Sam Wikan, der sich inzwischen längst verheiratet hatte. Nach dieser Ausflucht kehrte sie zu ihren Waldbarbeitern zurück. Wenn sie zur Stadt kam, besuchte sie als „Sam Williams“ — regelmäßig die Tanzböden und tanzte dort stets mit den hübschesten Mädchen. Sie trant und rauchte wie der stärkste Mann. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie auf ihrem Gute in Eau Claire. Ihre Eltern, denen sie sich nie wieder zu erkennen gab, starben bereits vor einigen Jahrzehnten.

Tagesereignisse.

Das Hochwasser. Die Ueberschwemmungen setzen das Wert der Zerstörung fort. Ueber die eingekerkerten Katastrophen und die Schäden, die sie anrichten, erhalten wir von unserem Korrespondenten die folgenden Telegramme:

Dandberg a. Warthe. Durch einen Dammbrech des Heffenssees wurde am nahen Altenforge das ganze Dorf unter Wasser gesetzt. Die Bewohner flüchteten, und es entstand eine große Panik.

Wetzels. Die große Papierfabrik von Ostau Dietrich mußte in der Sonnennacht ihren Betrieb einstellen. Ein großes Vergnügungs-Etablissement wurde während einer Feuerschickel von den Wasserfluten plötzlich eingeschlossen. 600 Personen wurde der Heimweg abgeschnitten, sie konnten erst am Morgen mit Ähnen ans Land gebracht werden.

Dessau. Das Hochwasser der Mulde hat in der Umgebung von Dessau ungeheuren Schaden angerichtet. Die Fluten bahnten sich ihren Weg durch den herzoglichen Tiergarten und wurden einer Masse Weid zum Verhängnis. Hirsche und Rehe fanden stundenweit keine rettende Anhöde, auf die sie sich hätten flüchten können und mußten ertrinken. Durch den starken Anprall der Eishollen wurden taufensere Bauern, darunter Jahrgewerte alte Eichen, ihrer Pfähle beraubt. Die Stadt selbst ist durch das Hochwasser des

Die gefährliche Senkung im Schönbühler Tunnel endlich eingestanden. Was von beherrschenden Dementis in diesen Fällen zu halten ist, zeigt wieder einmal die Geschichte der Reparaturarbeiten am Schönbühler Tunnel. Bereits am 20. Januar drückten wir in der Sache folgende Fußfahrlinien von einem Sachverständigen:

Wer durch den Bahntunnel von Dittersbach nach Gottesberg fahren will, muß vor seiner Abfahrt sein Testament machen, sofern er Vermögenden besitzt. Die Arbeiterschaft aber, die täglich durch diesen Tunnel fahren muß, tut es im Geiste des nahen Todes. In den letzten zwei Jahren kommen unter dem Tunnel Bodenstellungen vor, die in den letzten Monaten fast angenommen haben. Durch diese Bodenstellungen ist der Einschnitt des ca. 1 1/2 Kilometer langen Bahntunnels in nicht allzuferner Zeit zu erwarten, und ist die Durchfahrt mit Lebensgefahr verbunden. Seit November wird durch die Senkung des Bodens die Tunnelwandung gebildet und Tag und Nacht daran gearbeitet. Die abgearbeiteten Stellen, die sich unter diesem Tunnel befinden, werden ebenfalls durch Mäße gestützt, helfen aber sehr wenig, da die Erde, die von oben nicht handhaben können und diese Stellen dem Zusammenbruch nahe sind. Vor einigen Tagen sind zwei Arbeiter beim Zusammenbau des Stützgerüsts getötet worden, wobei die Veranlassung wahrscheinlich schuldig. Eigentümlich ist es von der Eisenbahndirektion Breslau, diesem gefährlichen Zustand noch länger mit verschärften Armen auszuweichen. Oder wartet sie auf die unausweichende Katastrophe, wo Hunderte von Menschen ihr Leben lassen sollen? Es wäre die höchste Zeit, daß hier eine sichere Maßregel ergriffen werden, da das Leben der Reisenden auf dem Spiele steht. Alle diese Verschärfungen nützen nichts und sind für die Frage. Die Eisenbahndirektion frage einmal die Reisenden, von welchem unangenehmen Gefühl bei der Durchfahrt durch diesen Tunnel sie erfaßt werden und wie unangenehm sie sind. Am besten ist es, wenn die Bahndirektion die Durchfahrt gänzlich einstellt. Die Güter, die hier verladen, gehen mit einer Katastrophe, die während der Fahrt, weil gearbeitet wird, es nicht erlauben, aber was? Das obliegende Manöver, welches durch die Bodenstellung herabfällt, fortzuführen und neu einbauen. Was nützt das Abtragen des Berges über dem Tunnel, was nützt diese Entlastung, wenn das Ganze sich nach unten senkt! Das reisende Publikum hat ein Recht zu fragen, warum die Eisenbahndirektion in Breslau diese Zustände verschweigt, und es wäre die höchste Zeit, ihr Remedur zu schaffen, bevor es zu spät ist. Dann heißt es wieder, es konnte nicht vorausgesehen werden. U. N. W. a.

Die Eisenbahndirektion Breslau ist uns hienach zwar die Antwort schuldig geblieben, in der bürgerlichen Presse aber wurden unsere Behauptungen als unrichtig dementiert. Seitens der Eisenbahnbetriebsinspektion in Waldenburg wurde nämlich eine Erklärung in die Presse gebracht, wonach

der vor 42 Jahren erbaute Schönbühler Tunnel sich bis jetzt nicht gesenkt habe und sich auch nicht senken könne. (W) weil er auf einem vom Verfall nicht bedrohten Sicherheitspfeiler stehe. Der Tunnel sei von einem Ministerialkommissar und mehreren Vertretern der königlichen Eisenbahndirektion Breslau wiederholt eingehend untersucht und für betriebsfähig befunden worden. Eine teilweise Konsolidation des Eisenbahnbetriebs über die Strecke Hellhammer-Königsbrunn-Niederschönbühler sei, da nicht erforderlich, nicht eablich. Ein Antrag zur Verknüpfung des reisenden Publikums liege nicht vor.

Und nun, drei Wochen später? Jetzt läuft durch die bürgerliche Presse folgende Erklärung der Eisenbahndirektion, die man auch uns zukommen natürlich nicht für nötig befunden hat:

Die Strecke Breslau-Dittersbach ist zwischen den Stationen Dittersbach und Hellhammer infolge einer gefährlichen Senkung im Schönbühler Tunnel seit Montag Vormittag 11 Uhr gesperrt. Die Breslau-Dittersbacher Personenzüge über Dittersbach werden über Bad Sauerbrunn-Hellhammer umgeleitet. Außerdem werden Anfahrten zwischen Nieder-Sauerbrunn-Hellhammer und Hellhammer-Halbstadt geahrt.

Damit ist also die Richtigkeit unserer früheren Veröffentlichungen bewiesen und die Reisenden, die in der Zwischenzeit den Tunnel durchfahren sind, können von Glück sagen, daß nicht eine Katastrophe eingetreten ist, bevor beherrschenderseits die volle Gefahr erkannt wurde.

Der Sparsamkeitseifer der Stadtbäter kam in den Ausschüssen, die am Montag Nachmittag stattfanden, besonders drastisch zum Ausdruck. So beschloß der Grundbesitzkommission, die Abrechnung der vom Magistrat beschlossenen Landankauf in Gräbchen mit 60.000 Mark, in Herdahn mit 26.000 Mark und in Friedewalde mit 48.000 Mark Kosten vorzuschlagen. Bei der Abstimmung war der sozialdemokratische Vertreter das einzige Mitglied, welches für den Antrag stimmte. Auch die Bestätigung eines Antrages, von dem Magistrat vorgeschlagen Schärferstraße 80 Stück von 1275 M. anzukaufen und dafür 38.250 M. zu bewilligen, kam nur durch die beiden sozialdemokratischen Stimmen zur Annahme. Das gleiche trat später noch einmal bei einem Stundenwerk für die Gaswerke ein.

Der Scheitler Vorfall droht, wie uns geschrieben wird, ein Verleumdung, der namentlich in den Kreisen der Arbeiterschaft schmerzliche Empfindungen hervorrufen würde. Die seit 30 Jahren vom Verein für weibliche Diakoninnen unterhaltenen Kleinkinderschule — schon fast 15 Jahre im Stadmissionsaal, Panitzstraße 91, untergebracht — soll einziehen. Sie ist stets von 140—150 Kindern — ohne Unterchied der Konfession — besucht gewesen. Die Kinder sind dort Vormittags und auch Nachmittags auf einige Stunden in guter Hut, viele bleiben auch über Mittag da und bekommen Mittagessen, das aus der Suppentische in der Uferstraße herbeigebracht wird. — Um der Scheitler Vorfall diese Einrichtung zu erhalten, hat sich ein Ausschuss von 25 Mitgliedern gebildet, der in diesen Tagen einen Antrag zur Erhaltung eines Kleinkinderschulvereins der Scheitler Vorfall vorbringt.

Wenn man keinen Lohn zahlen will... Ein Tischlerjunge machte gegen den Tischlermeister Troche eine Lohnforderung von 16 Mark aus dem Jahre 1905 geltend. Der Geselle hatte eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen und konnte daher nicht eher gegen den Meister klagen werden. Als er um die Zeit die Werkstätte verließ, schuldete ihm Troche noch den Lohn der letzten Woche, den er nicht erlangen konnte. Im ersten Termin vor dem Gemeindevorstand verweigerte der Beklagte darauf, den Antrag auf Verjährung zu stellen, da der Vorliegende bemerkt hatte, daß es nicht schädlich sei, einem armen Menschen gegenüber, der ohne alle Substitutionsmittel sei, eine Schuld nicht einzurechnen, weil sie verjährig ist. Im zweiten Termin bestand Troche hartnäckig auf der Verjährung der Schuld. Da die Einbringung von Klagen nach zwei Jahren vor dem Gewerbegericht zu spät, mußte dem Klage entzogen werden. — Schön ist anders! Da hat der Vorliegende schon recht.

Was einem im Rauch passieren kann. Eines Abends vor Weihnachten trat ein hiesiger Buchdrucker in stark animierter Stimmung seinen Heimweg an, der ihn an einem Standplatz für Christbäume vorbeiführte. In seinem Uebermantel ergriff er drei Bäumchen und schleppte es mit sich. Der Vorfall war aber von einem eigentümlichartigen Karawann beobachtet worden, der die Sache alsbald über einem Schuhmann denunzierte. Der Schuhmann forderte den Buchdrucker daraufhin auf, das Bäumchen wieder an seinen Platz zu bringen, da dieser aber in seinem Rauch nicht mehr recht wahrte, von welchem Stande er es genommen hatte, was der Fall zur Anzeige gebracht. Damit der Staat gerichtet werde, kann der Lage ist, was der Eigentümer des Bäumchens ermittelt worden. Der Buchdrucker trat es ihm nicht, hat am Gerichtsverfahren und

zahlte auch eine kleine Entschädigung für den durch den Transport verursachten Schaden, so also alles, was man in solchem Falle tun konnte.

Obwohl der Christbaumhändler von einer Bestrafung nichts wissen wollte, nahm das Strafverfahren trotzdem seinen Lauf und das Schöffengericht hat jetzt gegen den Buchdrucker wegen Diebstahls auf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis erkannt. Unter's Gerichte wäre die Bestrafung durchaus nicht so mild gewesen, denn der Angeklündete wird bei Begehung der Tat wohl in alles andere, nur nicht daran gedacht haben, daß er einen „Diebstahl“ begeht.

Eisgang. Ein interessantes Schauspiel bot gestern die Oder mit ihrem Eisgang. Vom Zoologischen Garten bis oberhalb des Oberfähnhagens wurde das ziemlich feste Eis durch Sprengung auseinandergetrieben. Es trieb dann in mächtigen Eisblöcken dem Strauchwehr zu, wo es durch den Strudel gepackt, in die Höhe gehoben und auf die schon vorhandenen Eisstücke geschoben wurde; dadurch wurde an dem genannten Wehr ein riesiger Eisberg gebildet, der sich quer über die Oder hingog und so einem Eisgletscher gleich. Dieses Schauspiel lockte viele Zuschauer herbei, welche mit gespanntem Blick diesem wechselnden Spiele zusahen. Interessant war es auch, den vielen Arbeitern zuzusehen, welche mit Hade und Sprengpulver arbeiteten. Große Löcher wurden in die Eisdecke geschlagen und in diese Löcher an einer langen Stange der fünf- oder zehnhundert Sprengkörper hineingeschoben. Nach circa zwei Minuten wurde das Eis mit einem gewaltigen Knall in die Luft getrieben. Einige Stücke wurden sogar bis circa 30 Meter hoch geschleudert und fielen dann mit einem lauten Krachen auf die umliegenden Eisblöcke oder ins Wasser, und wurden dann von der Strömung dem Strauchwehr zugeführt. Durch dies Sprengen gelodert und mit der Hade nachgeholfen, setzten sich die Eisblöcke schnell in Bewegung. Fußgänger, die den Eisblöcken das Geleit gaben, mußten ziemlich schnell gehen, um gleichen Schritt zu halten.

Der Ballon „Schlesien“ ist von seiner am Sonntag Nachmittag begonnenen Fahrt am Montag früh um 8 Uhr 9 Min. bei Czarny Dunajec in der Nähe von Krumm in Galizien, an Nordost der Tara, gelandet.

Zwanzeigeweise verfeigert wurde heute das Haus Döslauer Stadigarten 16, das dem Schwindelbanker Walter Wengel gehörte. Es erkaufte dasselbe der einstmalige Besitzer Agent Ernst Pietruska zum Preise von 482.000 Mark.

Das Gewerkschafts-Kartell Breslau hält Mittwoch, den 10. Februar 1909 im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Gewerkschaften und Alkohol“. Referent: Genosse Neumann, Hamburg. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Achtung, Transportarbeiter! Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Da die Remuneration für sämtliche Verwaltungsglieder vorgenommen werden, ist es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, zu erscheinen.

Was darf man von der Arbeiterjugend erwarten? Über dieses Thema wird am Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, im „Röhren Strand der Oder“ Herr Neumann aus Hamburg reden. Wir werden erträglich, die Eltern aus unserem Referat, die heranwachsende Kinder haben, auf diese Veranstaltung besonders aufmerksam zu machen. Arrangiert ist diese Versammlung vom Jugendausschuss der Breslauer Arbeiterschaft.

Ueber die Todesstrafe wird Donnerstag, den 11. b. M., Abends 8 Uhr, Herr Justizrat Albert im Gemeindevorstand, Adalbertstraße 8, sprechen. Der Eintritt zu diesem Vortrage ist für jedermann, Männer wie Frauen, frei.

„Der liebe Gott und das Unglück von Messina“. Am Donnerstag, den 11. Februar, spricht Herr Prediger Tischler im Deutschen Kronprinzipal, Kurze Gasse 52, über dieses Thema. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. Näheres siehe Anzeiger.

„12 Stunden in Lust und Saft“. Das unter diesem anstehenden Namen veranstaltete Fest der Orchestermitglieder unseres Stadttheaters, das am Sonnabend im Konzerthaus gefeiert wurde, fand leider unter einem Unstern — vielleicht auch unter dem Einfluß der Krise. Der Besuch war erheblich geringer als in den Vorjahren, viele reichen Leute, die sonst häufig zur Füllung der Unterhaltungsstätte bei getragen, waren ferngeblieben, und die besten der zur Unterstützung anwesenden Kräfte hatten abgelagert. Und doch hätten die wirklich großartigen Vorbereitungen, die in der ballonischen Exaltation und der Fülle des Gebotenen zum Ausdruck kam, eine reichere Unterstützung durch zahlungsfähige verdient. Die Orchestermitglieder bereiten, meist dem Publikum unsicher bleibend, diesen zahlungsfähigen das Jahr hindurch in den Opern, Operetten und Konzerten soviel reiner Kunstgenüsse, daß schon ein Gebot der Dankbarkeit sie veranlassen sollte, der Unterhaltungsstätte unter die Arme zu greifen. Aber freilich, Wohltun bringt den Herrschaften nicht genug Julein.

Lebensmüde. Heute früh wurde der Magistratsarbeiter Gabriel im Schuppen des Grundstücks Friedrich-Wilhelmstr. 52 tot aufgefunden. Er lebte seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt, versuchte aber dort wieder Unterkunft zu finden. Als er nun abgewiesen wurde, legte er seinem Leben ein gewaltiges Ende. Die Leiche wurde in die Anatomie gebracht.

Ein Gannet. Ein unbekannter, etwa 25—28 Jahre alter Betrüger, mit blondem Haar und kleinem blonden Schnurrbart ließ sich am 28. v. M., Abends gegen 10 Uhr, auf der Burgstraße von einem Straßenbahnkassierer für 20 M. Silber und Goldmünzen geben und sprang während der Fahrt vom Person des Straßenbahnwagens, nachdem er dem Kassierer statt zwei zehnmarktscheine ein neues Pfennigstück und ein gepuztes Zweibeckersstück eingehändigt hatte.

Eine schlaue Betrügerin. Bei einem hiesigen Wild- und Geflügelhändler erwidern in den letzten Tagen eine etwa 20 Jahre alte, besser gekleidete Frauensperson und ließ sich zwei Tauben verschaffen, indem sie gleichzeitig noch zwei Hühner in ihre Wohnung bestellte; als das Wildbret dorthin gebracht wurde, stellte es sich heraus, daß die Betrügerin eine falsche Wohnung angegeben und den Händler um die Tauben gestrichelt hatte.

Gesunden wurden ein Handtäschchen und mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 1 Rolle helles Seidenband, ein schwarzer Sammetreiß, eine Perledecke, eine Schaller-Strassenbahnfahrkarte, ein schwarzer Stiefel mit Silberreiß, fünf Taschentücher, ein Regenschirm. — Jugekauften sind bei Frau Stengel, Klosterstraße 145, p. r., ein gelber Fuchshund, und bei Frau Reiter, Seiergasse 7, ein gelber schottischer Schäferhund.

Neueste Nachrichten.

Wahlrechtsdemonstration im Elsaß.

Mülhausen i. E., 8. Februar. Am Sonntag Vormittag 9 Uhr fanden neun Gewerkschafts-Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen statt, worauf sich auf dem Frankplatz, vor dem Lokale, in welchem Reichstagsabgeordneter Emmel sprach, die Teilnehmer zum Demonstrationsszuge durch die Stadt sammelten, der nach Schluß dieser Versammlung um 11 Uhr in Bewegung setzte, die innere Stadt durchzog und sich Mittags auf der Ueberdeckungsstraße des A. Hochwasserkanals zwischen Alstadt und Arbeiterviertel auflöste. An dem Demonstrationsszuge, der die beherrschende Gewerkschaft unter der Bedingung erhalten hatte, daß zwar der Sozialistenmarsch nicht aber die Marxfeiern von der Mülh. gestiftet werden dürfe; gegen das Streben der Arbeiter-Partei hatte die Polizei nichts einzuwenden. Betheiligten sich 8—1000 Personen. Die Demonstration verlief, da sich die meisten der aufgeborenen Polizei nicht hatten und zurückhaltend verhielt, in Ordnung und ohne jeden Zwischenfall. Mehrere Arbeiter wurden trotz der polizeilichen Genehmigung des Umzuges des Militär in den Kasernen konfiszieren. Die Bezirksverwaltung der Reichsbahn hatte den Arbeitern und Angestellten die Teilnahme an dem Demonstrationsszuge ausdrücklich durch Anschlag verboten.

Strasbourg, 8. Februar. Die Wahlrechtsdemonstration in Strasbourg verlief glänzend. An der Versammlung nahmen etwa 2500 Personen teil. Der Zug wurde von einer Menge von 3—4000 Personen gebildet. Auch die Arbeiterklasse aus den benachbarten Orten beteiligte sich an der Demonstration in Strasbourg. Den Eisenbahnarbeitern wurde von der Verwaltung verboten, sich an der Demonstration zu beteiligen. — In Colmar nahmen etwa 3—4000 Personen an der Versammlung, 1000 Personen am Zuge teil. — Ferner fanden Wahlrechtsdemonstrationen in folgenden Orten statt: Bischweiler, Haguenau, Martrich, (Mahlstr. Kapuzinerkloster), Grafenstaden, Saargemünd, Eptel, Metz. — In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die das allgemeine Wahlrecht zum Landesauschuss fordern; sie sollen an den Reichstag geschickt werden.

Die Marokkofrage.

Paris, 9. Februar. (S. L. B.) Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko, die seit einiger Zeit geführt wurden, sind zum Abschluss gelangt. Erste Vormittag dürfte die offizielle Mitteilung in beiden Hauptstädten erfolgen. Der französische Vorkämpfer Cambon wollte einige Tage in Paris, um die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen. Die neue deutsch-französische Konvention hält sich ganz im Rahmen der alten. Das Abkommen grenzt gewissermaßen die Interessengebiete beider Länder ab und zwar einerseits die französisch-politischen, andererseits Deutschlands ökonomische Interessen in Marokko.

Der Serbenprinz.

Wien, 8. Februar. Nachdem Kronprinz Georg aus dem Ministerium des Reichens den Text des Memorandums, das mit der Großmacht verhandelt werden soll, erhalten hatte, begab er sich mit dem Schriftführer in das Offizierskasino in Belgrad, wo er vor etwa 100 Offizieren den Text des Memorandums vorlas und hierbei die üblichen Ausfälle gegen Österreich-Ungarn und eine scharfe Polemik gegen die Balkanpolitik des Reiches anstellte.

Die Vereinigten Staaten von Südafrika.

Moerfontein, 8. Februar. (N. N.) Der Entwurf der südafrikanischen Verfassung ist jetzt veröffentlicht worden. Er sieht den Zusammenschluss der Kapkolonie, Transvaal, Natal und des Orange Staates vor. Die Regierung beabsichtigt nach dem Entwurf aus dem Generalgouverneur, dem Senat und der gesetzgebenden Versammlung.

Als Amtssprache sollen englisch und holländisch, beide mit der gleichen Berechtigung, gelten, doch darf jetzt kein Beamter wegen Unkenntnis dieser Sprachen entlassen werden.

Von der Erde verschlungen.

Rotterdam, 9. Februar. (S. L. B.) Hier eingetroffene Meldungen besagen, daß bei einem Erdbeben in Ceribon das ganze Dorf Tibububan mit 433 Einwohnern kurz vor Tagesanbruch in die Tiefe versank. Nur 40 Personen konnten gerettet werden.

Engelmacher.

Hamburg, 8. Februar. (S. L. B.) Infolge Anzele eines Dienstmädchens leitete die Kriminalpolizei gegen ein hiesiges Ehepaar die Untersuchung ein. Von elf unehelichen Kindern, die dem laudieren Paare zur Pflege übergeben waren, sind allein in einer Woche acht gestorben. Der Fall erregt großes Aufsehen.

Eine Feuerkatastrophe.

London, 9. Februar. (S. L. B.) Bei dem Brand eines Nachhilgerhauses in Manchester kamen 6 Personen ums Leben. Das ganze Haus war voller Lousträste, als gestern früh das Feuer in den Gebäuden ausbrach. Der Brand griff sich um sich, 300 Gasse dränaten in wilder Panik nach dem Auszug. Ein Teil der Gasse sprang in den Fenstern hinaus, wobei mehrere verletzt wurden. Nicht Männer sind in den Betten erstickt. Man fand später ihre verkohlten Leichen unter den Trümmern des abgetragenen Gebäudes. 5 Männer erlitten erhebliche Verletzungen und liegen im Hospital.

München, 9. Februar. (S. L. B.) Die „Münchener Post“ bedt eine Skandalaffäre auf. Das Blatt meldet, angegebene Personen der allerbesten Gesellschaft hätten seit längerer Zeit im Hofbade wüste Orgien abgehalten. Bei der Polizei soll eine offizielle Anzeige eingeleitet sein.

Düsseldorf, 9. Februar. (S. L. B.) Die 25 jährige Dienstmagd Elisabeth Elmat wurde gestern an einem unbekanntem Grundstücke mit eingeschlagenem Schädel aufgefunden. Ein Schlossergeselle, der mit der Schlagene zusammen gewesen und selbst Verletzungen aufwies, wurde als vermeintlicher Täter verhaftet. Er behauptet, ein dritter habe ihn und das Mädchen überfallen. Das Mädchen ist bereits gestorben.

Nordenham, 8. Februar. In Dieren stehen vier gefüllte Remyschalter der Atlantic Naphthal Kompagny in Flammen. Fünf weitere Tanks stehen in Gefahr.

London, 9. Februar. (S. L. B.) „Daily Telegraph“ meldet: ans Tanager: Malay Sakh hat eine Verletzung von Geschäften bei Krupp gemacht. Der Vertreter der Firma soll außerdem eine Grundbesitzkonfession erreicht haben.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaften.

Dienstag, den 9. Februar:
Metallarbeiter. Versammlung im großen Saal.
Eisenarbeiter l. Abends 7 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.
Bauarbeiter. Abends 7 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Maurer. Vertrauensmänner-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.
Mittwoch, den 10. Februar:
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
Transportarbeiter. Abends 8 Uhr: Versammlung im großen Saal.
Arbeiter-Radfahrer. Versammlung. Zimmer 1.
Gewerkschaftskartell. Versammlung. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Neuaufrüstung!
Diejenigen Mitglieder, welche ihre Beiträge im Jubiläum nicht entrichtet haben, müssen allmonatlich mindestens einmal in ihrer Wohnung abbestimmt werden. Am besten eignen sich hierzu die beiden Sonntag nach dem Jubiläum, so daß dann die regelmäßige Abrechnung der Bezirksführer am vierten Montag im Monat vollständig erfolgen kann. Zu beachten ist ferner, daß vierteljährlich eine Wahlenkonferenz für 10 Pf. zu haben ist.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land):
Neumarkt.
Saubergstr. 8.
Freitag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder des ganzen Distrikts. Wahl eines Bezirksführers und Abrechnung bei Sternitz, Schulstraße 17. Der Distriktsführer.
Saubergstr. 11 und 14.
Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder des ganzen Distrikts. Wahl eines Bezirksführers und Abrechnung bei Sternitz, Schulstraße 17. Der Distriktsführer.
Saubergstr. 11 und 14.

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung vom Montag, den 8. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrat: v. Bethmann-Hollweg, Fortsetzung der zweiten Beratung des

Staats für das Reichsamt des Innern.

Der an erster Stelle gemeldete Redner Herr v. Camp (Reichspartei) ist in dem sehr schwach besetzten Saale nicht anwesend. Abg. Zrl (Centr.) gibt seiner Befriedigung über die Wirkung der Handwerkerabgabe Ausdruck, insbesondere das Handwerkergesetz von 1897 habe anerkennend auf die Handwerker gewirkt. Vieles sei aber noch zu wünschen. Redner behauptet, die Arbeiter hätten es beim Handwerk besser, als bei der Großindustrie und fordert, zur Frage der Tarifverträge übergehend, ein Tarifgesetz. Die Kleinrentenfrage habe Zrl übertrieben. Keinesfalls dürfen Kleinrentenverpflichtungen als Betriebsunfälle angesehen werden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Herr Dr. Fischer: Herr Zrl hat die soziale Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen bekräftigt und auf den Fall des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig hingewiesen. Dieser Verein umfasst über 23.000 Mitglieder und 60 Ortsgruppen. Von einem Verbundensein der Mitglieder kann also keine Rede sein. Gegen unsere Auslegung des Vereinsgesetzes ist also nichts einzuwenden. (Bravo! rechts, links, bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raumann (Freis. Volksp.): Der Staatssekretär hat die Vorkommnisse in Köln mit interessanten Worten erörtert. Die Frage des Koalitionsrechts dreht sich in erster Linie um den Kampf des einzelnen in zweiter Linie um den Kampf der schwächeren Parteien mit den Stärkeren. In Oberschlesien sagte bekanntlich der Generaldirektor Hagemann:

„Ich was, Koalitionsfreiheit und persönliche Freiheit, das sind Nebenbarten.“ (Hört, hört!) Und dann wurden eine Anzahl Techniker, darunter solche, die 6 Jahre tätig waren, auf das brüskeste entlassen. Öffentlich hat der Staatssekretär für diese Vorwürfe ebenso scharfen Tadel wie für Köln. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Gesetzgebung muß dahin gelangen, daß es verboten ist, bei Abschluß eines Arbeitsvertrages nachträglich an der oder jener Dienstleistung zu fragen. Verbot der schwarzen Listen, das ganze zu weit, beim Ausbreitung und Streit beidigen einander. Nur wenn schwarze Listen evidenterweise auftreten wie im Rheinland, werden sie in einer schweren volkswirtschaftlichen Gefahr. Die Kontrolle, gegen deren Bruch sich die Industriellen durch die schwarzen Listen schützen wollen, werden oft gar nicht verstanden, weil sie des Feindes unbedingten Feind vorstellt werden. (Sehr richtig.) Diese Kontrolle sind nichts anderes als aufgekoppelte Arbeitsbedingungen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Der Staatssekretär hat in Bezug auf diese Klage doch ein optimistisch gemittelt. Das kann verheißungsvoll sein. Die Arbeiterbewegung ist eine neue Hoffnung einzuführen. Der arbeitende Mensch wird von den Herren genau wie die Kofle fortgerollt und auf die Freistelle gestellt. Waat er Widerspruch, so kommt er auf die schwarze Liste.

Die Unfallgesetze im Bergbau sind sehr erschreckend. Die von schwerer Arbeit angefaugten Menschen sind gar nicht imstande vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Man muß Mindestbedingungen schaffen, um sie erst zu befähigen, ihr Recht zu nützen. Aber auch die Herren der schweren Metallindustrie kennen keine Menschenrechte. (Sehr wahr!) Diesen Herren möchte man mit Ernst Moritz Arndt zurecht:

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Knechte!
(Leb. Beifall links und auf den Tribünen.)

Abg. Graf von Carnier-Osten (Centr.): Was über die Disziplinarmaßnahmen in den Feiern hand, ist alles fallig. Die Beamten mußten im Interesse der Disziplin entlassen werden, erhalten aber ihr Gehalt bis zum Juli weiter. (Für Koalitionsrecht sollte ihnen gar nicht angestrichelt werden. (Lachen bei den Soz.) Öffentlich bekommen wir bald ein Arbeitswilligengesetz, durch das die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie endlich lahmgelegt und der Mittelstand geschützt wird, der die beste Stütze von Kron und Mar ist. (Beifall rechts.)

Abg. Aulerst (Volk): Der Staatssekretär bemühte sich, arbeiterfreundlich zu erscheinen, er kann aber keine Vorliebe für die Unternehmer nicht verbergen. Dem Treiben der schwarzen Listen müßte Einhalt geboten werden. Feilich von einer Regierung, die den Schwachenparagrafen durchgebracht hat, kann man nicht allzuviel Gerechtigkeitserwartungen erwarten. Man klagt über den Mangel an Religion im Volke, aber die Masse hat

mehr Religion als die Unternehmer.
Die Unternehmer liegen vor dem goldenen Kalb auf dem Bauch, die Religion ist ihnen eine abgetane Sache, nur noch gut, um das Volk im Zaum zu halten. (Sehr richtig! b. d. Soz. und Polen.) Wer das System der schwarzen Listen anwendet, verurteilt eine wahre Denkmäler. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir verlangen ein Reichsberggesetz, mindestens aber die reichsgesetzliche Regelung des Arbeiterlohnes im Bergbau. Die dringendste Forderung ist die von Grubenkontrollen. Wäre der Staatssekretär auf dem Bergarbeiterkongress gewesen, so hätte er es können, wie mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Regierung der Forderung nicht nachgibt, so hat sie die zukünftigen Taten auf den Gewissen. (Sehr richtig! b. d. Polen und Soz.) Zum Schluß möchte ich anlässlich des Falles Kiew die Aufmerksamkeits der Regierung auf die Tätigkeit der preussischen Volkspartei in polnischen Vereinen lenken und eruchen, auf eine Einschränkung dieser Tätigkeit hinzuwirken. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Freiherr von Camp (Npt.) spricht zunächst sehr ausführlich über die Selbstschwendung, deren sich andere Abgeordnete nach seiner Meinung schuldig machen. Dann verteidigt er die schwarzen Listen und preist das gute Herz der deutschen Arbeitgeber, welche

die Sklaven der Arbeiter seien. (Minutenlanges Getöse.) In Deutschland werden jährlich 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung polizeilich bestraft. Das kommt von der übertriebenen Selbstermächtigung, unter der die kleinen Unternehmer besonders zu leiden haben. Die Unternehmer sind infolge der schlechten Behandlung durch den Staat schon so misshandelt und erbittert geworden, daß sie ihre Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln. Nirgendwo werden sie so schikaniert, wie in Deutschland. Nicht einmal die Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle hat man ihnen zuliebe etwas hinausgeschoben. (Bravo! rechts.)

Abg. Rieseberg (wirtsch. Bg.): Für den Mittelstand hat man bloß schöne Worte, es gibt das nicht weiter. Den Handwerker gibt es oft schlechter, als den Arbeiter. Wenn die Handwerker Einfluss auf die Krankenkassen bekommen sollen, so wird uns das freuen. Herr Aulerst sagte von den nationalen Arbeitern, das seien die bei der Sozialdemokratie Hinausgeschmissenen. Nein, es sind die, die sich von der sozialdemokratischen Kräfte losgerissen haben. (Lachen b. d. Soz.) Sie empfinden das auch schmerzhaft, deshalb wenden sie sich jetzt an die Jugend und reden in ihren Kreisen von der „heiligen Aufgabe“. Dies Wort verneht die Sozialdemokratie gänzlich, denn sie verpönt ja jede Religion usw. (Schallendes Getöse, b. d. Soz.) Am Ende verlangen sie noch das Wahlrecht für die Herren Jungen. (Sehr gut! rechts.) Redner klagt, daß bei dem Entwurf des Arbeitsamtergesetzes, die Handwerkerkammern nicht gehört wurden.

Abg. Dr. Bachmann (Freis. Bg.) wünscht finanzielle Unterstützung des Deutschen Verbandes für Arbeitsnachweis. Darauf verlegt sich das Soz. Persönlich bemerkt

Abg. Jubel (Soz.): Wenn der sächsische Bundesratsbevollmächtigte den Gewaltstreik der sächsischen Regierung zu rechtfertigen... Präsident Graf Stolberg (unterbrechend): Dieser Ausdruck ist parlamentarisch nicht zulässig.

Abg. Jubel (fortfahrend): zu rechtfertigen unternimmt, so zeigt das nur das tiefe Niveau der sächsischen Regierung. Präsident Graf Stolberg: Für diesen Ausdruck rufe ich den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Albrecht (Soz., verbündlich): Herr Rieseberg bemerkt ich, daß ich nicht von nationalen Arbeitern gesprochen habe, sondern von den Arbeitern.
Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung, Montag, den 8. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Besoldungsordnung für Volksschullehrer und -Lehrerinnen

Abg. Frhr. von Nitzsch (Centr.): In der Lehrerschaft sind die mittleren und kleinen Stufen sehr mangelhaft repräsentiert über die Kommissionsbeschlüsse verbreitet, die wir befehligen müssen. Die Kommission hatte eine kulturell wichtige Aufgabe zu lösen, was erreicht worden ist durch das Entgegenkommen aller Parteien und der Regierung. Für meine Freunde kann ich das Verdienst an dem Zustandekommen dieses Gesetzes in erster Linie in Anspruch nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Aber auch von den freisinnigen Kommissionsmitgliedern ist uns großes Entgegenkommen gezeigt. Leider ist das Entgegenkommen nicht von der freisinnigen Presse bewiesen; ich denke z. B. an die „Vossische Zeitung“. Es handelt sich auch hier um ein Kompromiß, bei dem natürlich keine Partei alle ihre Wünsche durchsetzen konnte. Das Gesetz gilt für ganze Monarchie und wird deshalb für einzelne Orte vielleicht Härten mit sich bringen. Die Lehrerverse ist mit der Zeit auch zu einer ruhigeren Würdigung unserer Verhältnisse gekommen. Zum Beispiel hat der Vorstand des preussischen Lehrervereins in einem Schreiben unsere Tätigkeit in der Kommission anerkannt. Er wünscht darin zwar noch einige Verbesserungen, betont aber, daß die Lehrerschaft kein Interesse an dem Scheitern dieses Gesetzes habe, das Tausenden von Lehrern eine Gehaltsaufbesserung bringt. (Hört, hört! rechts.)

Erreicht ist, daß jeder Lehrer um mindestens 500 Mark sich gegen den bisherigen Zustand besser stellt. Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, trotz der großen Belastung der kleinen Schulverbände. Wir hoffen, daß die Regierung bei der Ausführung des Gesetzes diese kleinen Schulverbände möglichst schonen wird. Von der Stellung von weiteren Anträgen sehen wir ab. Wir erwarten, daß das Gesetz dann beitragen wird, die Kräfte der Lehrer an ihrem wichtigsten Beruf zu erhöhen und dem Lehrerberuf aus allen Kreisen der Bevölkerung neue Kräfte zuzuführen und damit den Lehrermangel bald zu beheben. (Bravo! rechts.)

Abg. Aulerst (Centr.): Die Vorlage bedeutet namentlich für die Landlehrer im Osten eine ganz erhebliche Verbesserung. Leider ist es nicht gelungen, das Bundesgesetz allgemein auf 1500 Mark festzusetzen. Auch die Gehälter der Lehrerinnen sind erheblich aufgebessert worden. Ich hoffe, daß das Gesetz Ruhe in die Reihen meiner Berufsgenossen bringen wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Camp (Npt.): Auch wir sind überzeugt, daß die Lehrerschaft sich mit dem Erreichten zufrieden sehen wird. Den Staat und die Kommunen wird das Gesetz etwa 50 Millionen Mark kosten. Seltener ist einem einzigen Stande in Preußen ein derartiges Gesetz geboten worden. (Sehr wahr! bei den Natl.) Es handelt sich um ein Werk von hoher kultureller Bedeutung. Die Begehung eines arabischen Gesetzes zu verurteilen, ist es in der Tat höchste Zeit war, die zurückgebliebenen Lehrer auf dem Lande zu heben. Dem Wunsche, daß der Finanzminister den schwer belasteten kleinen Kommunen nach Möglichkeit entgegenkomme, können wir uns nur anschließen.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Die Regierung begrüßt es mit Freuden, daß es gelungen ist, das Gesetz schließlich einstimmig in der Kommission zur Verabschiedung zu bringen. Die Unterrichtsverwaltung hat es mit Bedauern gegen die Kommissionsbeschlüsse im Interesse des Ganzen zurückgestellt. Sie hofft, daß die aufgewandten Millionen nicht nur von Seiten der kleinen Kommunen, sondern für das ganze Volk. Eine schwierige Aufgabe wird es sein, das Gesetz mit rückwirkender Kraft ins Leben treten zu lassen. Aber die Regierung ist überzeugt, daß es gelingen wird, die Schwierigkeiten dabei zu überwinden. Den kleinen Kommunen wird die Regierung nach Kräften beistehen, die großen Kommunen sind finanziell gut fundiert, die Hauptfrage konzentriert sich auf die mittleren Gemeinden. (Sehr richtig! links.) Hier wird in den meisten Fällen ein Staatsbeitrag in Betracht kommen aus dem der Regierung schon jetzt zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds. Auch den großen Gemeinden, die vielleicht in Verlegenheit kommen, wird die Regierung gern bereit sein, im Rahmen des Vorhandenen zu helfen. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Kommune werden die gesamten Verhältnisse berücksichtigt werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Centr.): Wir haben mit schwerem Herzen auf die Besoldungsstellen verzichtet. Nur auf diese Weise wäre es möglich gewesen, eine völlige Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land mit einem ihrer Bedeutung und ihrem Stande entsprechenden Gehalt zu erreichen. Wir behalten uns vor, auf diesen durchaus richtigen und gesunden Gedanken in der Zukunft zurückzukommen. (Bravo! rechts.) Sollte das Herrenhaus grundlegenden Verbesserungen an unseren Besoldungsstellen vornehmen, so steht automatisch der Gedanke der Besoldungsstellen wieder auf. (Bravo! rechts.) Im übrigen begrüßen auch wir die ganz erhebliche Aufbesserung der Lehrergehälter. Wir sehen in dem Gesetz einen Kulturfortschritt, wie er bisher für die Lehrerschaft noch nicht erreicht worden ist und erwarten seine baldige Verabschiedung auch durch das Herrenhaus. (Bravo! rechts.)

Abg. Cammel (fr. Bp.): Ich muß anerkennen, daß alle Parteien in der Kommission, auch die Konservativen, der Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen keinen Widerstand entgegengebracht haben. Die Erhöhung der Gehälter ist in der Tat eine so bedeutende, wie sie früher in Preußen noch niemals erreicht worden ist. Wenn jetzt mit einem Male so bedeutende größere Zuwendungen für die Aufbesserung der Lehrer nötig werden als bei den übrigen Beamten, so liegt das eben daran, daß man die Lehrer früher so vernachlässigt hat. (Sehr richtig! links.) Dabei mußten wir uns noch eine gewisse Selbstbeschränkung mit Rücksicht auf die Finanzen auferlegen. Die Bestimmungen über die Ortszulagen befriedigen uns durchaus nicht voll.

Der Regelung der Kostenfrage, wie sie die Kommission vorgelesen hat, haben wir mit schwerem Herzen zugestimmt. Der Staat Berlin erwirbt dadurch eine jährliche Mehrausgabe von 430.000 Mark. Wenn Herr v. Nitzsch auf die Haltung der freisinnigen Presse hingewiesen hat, so muß ich andererseits auf das Verhalten seines Parteigenossen Dr. Hahn verweisen. Dieser hat an die Parteigenossen des Bundes der Landwirte ein Zirkular gerichtet, in dem sie hinweisen werden auf die Verdrängung einer neuen Lehrerschaft, die unter den Lehrern für die konservative Partei Propaganda machen soll. Von dem Eintreten dieser Lehrerschaft insbesondere für die Landlehrer im Gegensatz zu den Großstadtlehrern erhofft Herr Hahn eine Vermehrung der konservativen Wahlstimmen unter den Landlehrern. (Hört, hört! links.) Herr Dr. Hahn hat zwar in Hannover den Landlehrern ein Grundgehalt in Aussicht gestellt, wie es in der Kommission keine Partei zu beantragen gewagt hat. (Beifall rechts.) Aber ich glaube kaum, daß die Lehrer seinen Vorschlag folgen werden. Ich halte es für ein Unheil, wenn die Gehaltsver-

hältnisse zu einem Handbrot der politischen Parteien gemacht werden. In dieser Frage sollten sich alle Parteien nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. (Bravo! links.) Wenn wir dann gezwungen werden, werden wir den Lehrern auf dem Lande die Frage vorlegen, ob es überhaupt jemals zu einer solchen Erhöhung der Besoldungsordnung gekommen wäre, wenn nicht die Städte seit Jahrzehnten mit einer den Bedürfnissen entsprechenden Erhöhung der Lehrergehälter vorangegangen wären. (Ausschreitend links.)

Abg. Ernst (fr. Bg.): Auch wir erkennen den erheblichen Fortschritt an, den die Vorlage bedeutet, sehen aber in dem Erreichten durchaus noch nicht die Erfüllung aller berechtigten Wünsche der Lehrerschaft. Abg. Stichel (Volk): Wir haben den Bestrebungen, die Lage der Lehrerschaft zu verbessern, gern zugestimmt. Bei aller Würdigung der hohen Bedeutung des Lehrerberufs nehmen wir doch eine Sonderstellung gegenüber der Schule im Osten ein. Dort wird leider die Schule zu politischen Experimenten genötigt. (Sehr wahr! bei den Polen.) In Konsequenz unseres Standpunktes legen wir Ihnen einen Antrag vor, wonach die in den sächsischen Provinzen bis jetzt gewährten Ostmarkenzulagen in Westfalen kommen. (Bravo! b. den Polen.)

Finanzminister v. Rheinbaben: Der Herr Vortrager ist der erste gewesen, der einen kleinen Widerspruch in die Verhandlungen gebracht hat. Er hätte besser getan, seinen Antrag nicht zu stellen. Es ist nicht richtig, daß die Lehrer politischer Kunde von den Ostmarkenzulagen völlig ausgeschlossen sind. Davon sind natürlich nur die Lehrer ausgeschlossen, die an der deutsch-feindlichen Agitation beteiligt sind. (Bravo! rechts.) Gewiß, die Politik gehört nicht in die Schule, aber die Polen sind es, die die Politik in die Schule gebracht haben. Bringen Sie die Politik aus der Schule heraus, dann werden wir auch die Ostmarkenzulage fallen lassen können.

Abg. Borgmann (Sozialdemokrat): Die Kommissionsbeschlüsse unterscheiden sich von der Regierungsvorlage sehr zu ihrem Vorteil. Aber ein großer Teil der berechtigten Forderungen der Interessenten sind auch durch dieses Gesetz nicht erfüllt. Die Dienstzeit, mit welcher das Höchstgehalt erreicht werden kann, ist nicht herabgesetzt, so daß nur ein geringer Teil der Lehrer überhaupt in den Genuss des Höchstgehalts kommt. Auch die Dienstvorschrift gegen die Ortszulagen ist von der Kommission angenommen worden. Selbst die Parteien haben ihr zugestimmt, die vorher mit aller Schärfe gegen eine solche Premsen protestiert haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Anerkennen muß ich, daß seitens der Kommission eine große Arbeit geleistet worden ist. Auch hinter den Kulissen ist viel gearbeitet worden, um ein Kompromiß zustande zu bringen und die Parteien zu bewegen, ihre sonstigen politischen Ansichten bei dieser Frage außer Acht zu lassen. Alle Parteien haben in der Kommission betont, daß sie es waren, die die gute Sache hatten, den Lehrern zu helfen, und daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen waren, ihre Wünsche zurückzustellen. (Hört.) Diese überschäumenden Liebesbetreibungen waren aber nur Seitenbläser, die vor dem Widerstand der Regierung sofort ansehnlich verblasen. (Sehr gut! bei den Soz.) Besonders die Besoldungsstellen wurden sehr lebhaft verteidigt, aber ich habe nicht verstanden, wie man noch an ihnen festhalten konnte, als die Regierung erklärte, sie wären nicht ohne Verfassungsänderung durchzuführen. Unter diesen Umständen wäre es ja unmöglich gewesen, das Gesetz rechtzeitig fertigzustellen, und die Lehrer hätten wieder nur „Seine statt Brot“ erhalten. Wenn die Besoldungsstellen einmal abgelehnt würden, wäre zweifellos die Selbstverwaltung völlig lahmgelegt. Der Gedanke der Besoldungsstellen war auch nur ein Ausfluß des Widerwillens der

gegen die großen Städte. Bei dieser Gehässigkeit gegen die großen Städte wundere ich mich nur, daß die betreffenden Herren nicht schon längst den Staub der Großstädte von ihren Füßen geschüttelt haben. (Lachen bei den Soz.: Slavonien!) Sie brauchen garnicht nach Slavonien zu gehen. Sie haben genau dieselben Verhältnisse in Ihrer eigenen Heimat. (Sehr gut! bei den Soz.) Man sagt, die Landschulen erziehen die Kinder nur für die großen Städte. Ich lasse das dahingestellt und möchte nur fragen, wo haben denn die Herren, die hier diese Ideen vertreten, ihre Bildung genossen? Doch auch in der großen Städten und nicht auf den Dörfern? Auch die Weisheit Ihres großen Bismarck ist ja auf dem Berliner Markt gewachsen. (Weiterlekt.)

Die Landflucht der Lehrer, deren Verleugnung man durch das Gesetz erwartet, hänge nicht nur von der Höhe der Gehälter der Landlehrer, deren Gleichstellung mit den städtischen Lehrern wir natürlich auch wünschen, ab, sondern es ist auch notwendig, daß die Verhältnisse der ländlichen Lehrer verbessert, eventuell ihnen der Metzgerei in bar ausbezahlt wird. In der Landflucht trägt auch die außerordentliche Belastung der Lehrer. Wenn z. B. ein Lehrer in Oberschlesien und Posen über 280 Kinder zu unterrichten hat, so bedeutet das eine ungeheure Belastung, selbst wenn es sich dabei um eine halbtägige Arbeit handelt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In einer Resolution wird beantragt, daß die jungen Lehrer zunächst in mehrstufigen Schulen beschäftigt werden sollen. Das ist aber bei dem großen Lehrermangel nur ein frommer Wunsch. Der Herr Ministerialdirektor meinte in der Kommission, man solle mehr Lehrerseminare schaffen. Er hat dabei aus der Schule geplaudert, indem er zugeb, daß in den letzten zehn Jahren nicht ein einziges Seminar neu geschaffen worden ist. (Hört, hört! links.) Der Lehrermangel hat seinen ganz natürlichen Grund. Bei dem wirtschaftlichen Aufschwung haben sich angesichts der schlechten Besoldungsverhältnisse der Lehrer die Kreise, die sich früher dem Lehrerberuf zuwandten, lieber anderen Berufen, vor allem den technischen, zugewandt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Regierung hätte die Besoldungsverhältnisse der Städte die Entziehung des Staatszuschusses, soweit es sich um leistungsfähige Gemeinden handelt, durchaus nicht einzuwenden, sondern hätte es für eine Ehrenpflicht der Gemeinden, diese Zuschüsse zu Gunsten der ärmeren Gemeinden abzugeben. Aber gegen die Art der Verwendung dieser Zuschüsse haben wir die schwersten Bedenken. Man hat gemeint, die Verteilung werde einwandfrei durch die Selbstverwaltungskörper erfolgen. Aber die Kreis- und Bezirksausschüsse als Selbstverwaltungskörper bezeichnet, dem hat

den Schalk dabei im Nacken gefesselt. Diese sind lediglich Marionetten in der Hand des Landrats. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ledigster Widerspruch rechts. Von ihnen wird nur durchgehört, was der Landrat zu sagen hat, oder was diejenigen wollen, die beim Landrat Einfluss haben. Es gibt gar keinen größeren Gehaltsbereich als in einer preussischen Landrat. (Unruhe rechts.) Mit welcher Leichtigkeit sich solche Herren über ganz klare und knapp gefasste Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, ist kaum glaublich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Herr Ministerialdirektor sich mit einem

praktischen Vordrat unter die Lupe nimmt (Satterkeit), so wird er bei seinem Vertrauen zu ihrer Objektivität kaum bleiben. Es ist nicht zu erwarten, daß bei der vorgesehene Regelung die mangelhaften Bedürfnisse bei der Verteilung der Gelder zu ihrem Recht kommen. Gewisse Gruppen, die politisch weit nach links stehen, werden immer die Geschädigten sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir werden uns aber ermitteln zu fragen haben, ob wir trotz dieser Einschränkung der Selbstverwaltung dem Volk noch zustimmen können, wenn wir auch anerkennen, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer einigermassen dadurch aufgehoben werden. Dem Antrage der P. K., die Osmarzenszulagen zu besteuern, stimmen wir natürlich zu. Die Erhöhung der Osmarzenszulagen ist nur erfolgt aus dem Bestreben heraus, die Volksschule auszumuntern für eine bestimmte politische Richtung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Finanzminister den Voten vorgeworfen hat, sie nützlich die Schule zu politischen Zwecken aus, so gebe ich ihm diesen Vorwurf lausenbüßig zurück. Sind Sie es nicht, die von den Gemeindeführern verlangen, daß sie die Bestrebungen der Sozialdemokratie in der Schule bekämpfen? (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Konfessionellen.) Selbst das nicht, die Politik in die Schule tragen? (Rufe rechts: Nein, nein!) Ein Streit mit Ihnen darüber wäre überflüssig. Jeder vorurteilfreie Mensch wird zugeben, daß diese Art, die Politik in die Schule zu tragen, um so gefährlicher wirkt, weil in die Volksschule zum größeren Teil Kinder gehen, deren Eltern der Sozialdemokratie angehören. (Rufe rechts: Nein, nein!) Ihr Nein hilft Ihnen nicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinweg. Wenn Sie sich selbst Scheitern vor die Augen binden, so werden doch dadurch die Tatsachen nicht anders. (Rapel bei den Soz.)

Abg. v. Tilly (kon.) verzichtet auf das Wort.
Die Debatte wird geschlossen.
Abg. v. d. Hagen (zent.) erklärt, daß seine Freunde prinzipiell auf dem Boden des polnischen Antrags stehen, aber mit Rücksicht auf die Kompromißbeschlüsse dagegen stimmen würden. In der Abstimmung wird der polnische Antrag abgelehnt, die ersten Paragraphen der Lehrerbesoldungsordnung werden unverändert nach dem Kommissionsbeschlusse angenommen.
Präsident v. Ardenner schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung; vorwärts die Besoldungsordnung der Geistlichen.
Abg. v. Gebdebrand (kon.) beantragt, die Pfarrerbesoldungsgeetze zuerst auf die Tagesordnung zu stellen.
Abg. v. Cambe (nat.) widerspricht diesem Antrage.
Präsident v. Ardenner: Ich habe gegen den Antrag v. Gebdebrand nichts und werde auch nicht zustimmen lassen.
Gegen die Stimmen der Linken wird beschlossen, die Pfarrerbesoldungsgeetze zunächst zur Beratung zu stellen.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Musikkapellen.

Die „Deutsche Musikerzettelung“ hat vor kurzem die Herabsetzung der Kopfzahl der Militärkapellen gefordert und ausgerechnet, daß durch die Reduzierung ihres Verlangens im Jahre ungefähr drei Millionen erspart würden. Wir sind der Ansicht, schreibt dazu der „Vorwärts“, daß die Militärkapellen überhaupt zu beseitigen sind, weil sie militärisch überflüssig geworden sind.

Worin besteht denn jetzt die Haupttätigkeit der Militärkapellen? Sehr einfach darin, an Sonn- und Feiertagen Konzerte gegen Entree zu geben und dadurch den Zivilberufsmusikern, die für die Armee, ebenso auch für die Militärkapellen, ebenso ihre Steuern entrichten müssen, wie andere Leute, das Brot wegzunehmen! An den Wochentagen üben sie sich für diese schöne Beschäftigung ein. Einige Arbeit — aber keine große — verursacht den Militärmusikern das Offizierkorps ihres Regiments. Haben die Herren ein Liebesmahl, so muß dabei die Regimentskapelle oder ein Teil davon konzertieren. Schwierig ist das meistens nicht, denn den Herren Offizieren wird dabei nichts Neues geboten. Es ist auch nicht nötig, weil die schmausenden und konsumierenden Spawiertenträger etwas anderes zu tun haben, als auf die oft gehörten Polpourris aus dem „Jaus“, aus dem „Hohengrin“, aus dem „Freischütz“ usw. auszumerken. Sie unterhalten sich lieber oder sie spielen Karten.

Am allerwenigsten Vorteile haben von den Militärkapellen jene, die eigentlich am meisten davon profitieren sollten, nämlich die Mannschaften. In Diensten bekommt der Soldat von der Militärmusik nicht viel zu hören. Als Rekrut übt er ein paar Mal nach ihr den Parade marsch ein — man nennt das Rekrutenbälle — und später passiert es ihm in seiner Dienstzeit jährlich höchstens fünf- bis sechsmal, daß er sich auf dem Parade so nahe an der Musik befindet, daß er sie wirklich hört. Am wenigsten Geräusch verursacht der Marsch der nichtberittenen Truppen und dennoch hört von einem marschierenden Infanterie-Regiment drei Viertel nichts vom Spiel der Musik, auch wenn diese fest drauflos spielt. Die ersten drei Kompagnien vernehmen die Musik noch deutlich, die vierte hört von ihr in der Hauptsache nur mehr die große Trommel. Und die übrigen acht Kompagnien vernehmen keinen Ton mehr.

Mit dieser Tatsache ist auch die bekannte Behauptung, daß das Spielen der Musik den Fußtruppen bei großen Märschen über die Ermüdung hinweghelfe, abgetan. Der großen Masse der marschierenden Truppen hilft es nichts. Im modernen Geheiß ist die Musik natürlich vollkommen unbrauchbar. Anstatt Tausende von Magazinsgehörden, darunter Hunderte von Geschützen, dann hört man von der Musik auch dann nichts, wenn sie spielen würde und spielen könnte. Sie wäre aber gar nicht imstande zu spielen, weil sie nur in geschlossener Formation marschieren kann, eine berartige Formation im wirklichen

feindlichen Feuerbereich aber sehr bald zur Vernichtung führen würde.
Es denkt auch kein vernünftiger Mensch mehr daran, die Musikkorps als solche in der Schlacht oder im Gefecht zu verwenden. Vielmehr benutzt man sie zum Bergen von Verwundeten. Es ist dies zwar ein sehr löblicher Zweck, aber wenn man statt der Musiker benjovote einfache Sanitätskolonnen einstellt würde, so läme die Sache bedeutend billiger und würde außerdem besser besorgt werden, weil die Sanitätsmannschaften im Frieden den größten Teil ihrer Arbeitszeit nicht für die Einübung von Musikstücken aufzuwenden brauchen.

Wie verschiedenartig die hochverehrliche Reichsleitung mit den Musikkorps umgeht, beweist das Faktum, daß sogar die Trainbataillone, die Unteroffizierschulen und die Artilleriegeschule eigene Musikkorps besitzen. Wie leicht kann im Krieg ein Trainbataillon mit seinen vierwöchigen Kumpelstücken zu einer Attade gegen die Franzosen befohlen werden, und wenn dann die Musik den „Donauwalzer“ oder „Im Grunewald ist Holzauktion“ dazu spielt, so wird der Elan ein so großer sein, daß der normale furor teutonius dagegen nur ein unbedeutendes Mindergeschrei ist. Die Unteroffizierschüler müssen auch den Parade marsch lernen und das können sie nicht ohne Musik. Das Trommeln genügt für sie nicht. Und hätte die Artilleriegeschule keine eigene Kapelle, so wäre ja niemand da, der bei den anscheinend sehr zahlreichen Liebesmächern der zur Schule kommandierten Offiziere die Musik liefert.

Wohin das Deutsche Reich mit seiner Verschwendung für Armee und Marine gekommen ist, zeigt seine schlechte Finanzlage. Armee und Marine sind nur für den Krieg da, also könnten ihnen auch die bürgerlichen Parteien, sofern sie über ein Gewissen und über ein Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber ihren Wählern verfügen würden, nur das gewähren, was sie im Krieg brauchen. Musikkorps, glänzende Uniformen, lange Präsenzzeit, Drill usw. sind Reste aus den Zeiten des Despotismus und der Unrechtart, die der Geldbeutel der Steuerzahler ungebener in Anspruch nehmen und die Arme teilweise sogar schädlich beeinflussen.

Aus Schlesien und Polen.

Wiegau, 8. Februar. Richtet Euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten. Die vor kurzem erst durch die Rahrgelung eines Gewerkschaftsführers „überrück“ bekannt gewordene Buchdrucker S. Krumbhaar, die Herausgeberin des nationalliberalen „Wiegauer Tageblattes“, scheint auf diesen Vorberren nicht anstehen zu können, denn sie erbringt schon wiederum einen Beweis ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“, indem sie die ersten Versuche unternimmt, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter sicherzustellen. (1) Im Buchdruckergewerbe bestehen neben dem „Verbande der deutschen Buchdrucker“ noch zwei organisatorische Zwerggebilde, der „Guttenbergbund“ und die von Prinzipalen subventionierte „Unterstützungsliste“, beides Einrichtungen der Arbeitgeber. In der Krumbhaarschen Druckerei stehen den 30 Verbandsmittgliedern 6 Unterstützungslisten-Mitglieder gegenüber. Einem von diesen sechs waren in der letzten Zeit Zweifel über die Notwendigkeit und Lebensfähigkeit dieser „Unterstützungsliste“ aufgelaucht und hatten in ihm den Entschluß zur Reife gebracht, dem „Verbande“ beizutreten. Durch die erfolgte Abmeldung bei der Unterstützungsliste erhielt die Firma Kenntnis von dem mehrbörten „Verbrechen“ eines ihrer Getreuen, und der „Glückliche“ wurde in das Kontor beordert zu einem mehrbörigen Verhör. Nach einer am nächsten Tage nochmals erfolgten „Ausdrache“ erhielt die Stille Leitung des Verbandes die briefliche Mitteilung, daß „nach reichlicher Überlegung“ (2) das arme Häufchen in der Unterstützungsliste verbleibt, da die Firma für eventuelle Schäden (gemeint ist damit wohl ein Verlangen der Unterstützungen in der „Unterstützungsliste“) sich verpflichtet (3) hat. — Wir hätten dem Vorgange nicht in dieser Weise Beachtung geschenkt, wenn nicht leider noch immer die behauerliche Tatsache zu konstatieren wäre, daß dieses arbeiterselbstliche „Wiegauer Tageblatt“ außer in Wiegau und seinen Landgemeinden auch in den umliegenden Provinzstädten, wie Janer, Lähren, Saganau, Goldberg usw. nach in tausenden von Arbeitermilien gelesen wird. Diesen Arbeiterkreisen müssen die Fragen gelöst werden, daß es ihrer unwürdig ist, ein solches Blatt zu lesen. Hinans mit einer solchen Presse aus jeder Arbeiterkategorie und den diesen nachstehenden Kreisen, und auf ein Blatt abonniert, das Arbeiterinteressen hochhält und wahr, auf die „Volkswacht“!

Wiegau, 9. Februar. Minderlicher Leichenfund. Im Sennabend nach 11 Uhr wurden, wie der „Anzeiger“ meldet, zwei Leichen in der Gasse des Dominikus Landwehr, als es noch finster war, mit Geheiß nach Wiegau. Zwischen Tschischwitz und Saganau fuhr der erste Kutscher über einen auf der Straße liegenden Geranien, plante aber, daß es nur ein Stein war. Der zweite sah den Geranien liegen und glaubte, der erste Kutscher habe die Pferde verloren; er stieg ab, um dieselbe zu holen. In seinem Schreden geriet er, daß er den toten Körper einer Frau vor sich habe. Die Kutscher legten den Antvorscher des nächsten Fortes von dem Funde in Kenntnis. Die Leiche hatte, nach Aussage des Kutschers, das Aussehen, als habe sie schon längere Zeit im Schlamme gelegen.

Wiegau, 9. Februar. Tarifabschluß im Malergewerbe. Im hiesigen Malergewerbe ist es zu einem Tarifabschluß — zwischen dem Zentralverband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. und dem Arbeitgeberverband der Maler gekommen. Bekanntlich mußten die hiesigen Malergehilfen vor 1 1/2 Jahren einen unangenehmen Streit um einen Tarif führen. Damals sträubten sich die Meister mit aller Energie dagegen. Sie wollten unbedingt an ihrem Selbstbestimmungsrecht festhalten und waren allen Vorstellungen gegenüber unzugänglich. Erst als das größte materielle Opfer, an die einzige der Herren heute noch denken, konnten sie nicht von ihrem überlebten

Standpunkt abbringen. Teils die Bestürzung, die ungeschwächt geliebte Gehilfenorganisation konnte ihnen in längerer Zeit noch unangenehme Überraschungen bereiten, teils die Einsicht, daß die Tage nun einmal vorbei sind, wo der Arbeitgeber allein bestimmen unter welchen Bedingungen die Arbeiter ihre Arbeitskraft hergeben sollen, haben die Gehilfen Malermeister für den Tarifabschluß gestimmt. Leicht war es auch jetzt noch nicht, zum Ziel zu kommen, denn die Verhandlungen dauerten rund sechs Monate. Der Tarif legt u. a. fest: neun Stunden Arbeitszeit, 48 Pf. Stundenlohn für Gehilfen über und 89 Pf. für Gehilfen unter 20 Jahren. Anstreicher erhalten 88 Pf. pro Stunde, für Überstunden werden 10 Pf., bei Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt. Die Ausbildung bei Landarbeit beträgt täglich 1,60 Mk. Einmaliger Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren. Die Überwachung des Tarifs erfolgt durch Vertreter der Gehilfen- und der Arbeitgeberorganisation. — Aufgabe der hiesigen Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen muß es jetzt sein, den Tarif in allen Teilen überall durchzuführen. Jedenfalls zeigt aber auch der Tarifabschluß, daß einzig eine festgesetzte Organisationsvorsorge für die beteiligten Arbeiter, wenn auch oft erst nach intensiver und an Opfern reicher Organisationsarbeit, herbeiführen kann.

Wiegau, 9. Februar. Von der Dreistaltigkeit. Das Staubecken der Fallprete enthält jetzt acht Millionen Kubikmeter Wasser. Vor dem Tauwetter waren kaum 1 Million Kubikmeter vorhanden, so daß in kaum 48 Stunden 7 Millionen Kubikmeter vom Herabritte her angefallen sind. In dem breiten Staubecken zwischen Kengersdorf und Edeisdorf haben sich riesige Eisbergen abgelagert. — Welches Unheil hätten diese 7 Millionen Kubikmeter Wasser anrichten können?

Wiegau, 9. Februar. Heidnische Gräber. In Tarnau-Vorwerk bei Liebenitz ließ der Röhler Adolf Bader bei Grabarbeiten auf mehrere heidnische Begräbnisstätten, die am erhaltenen Urnen und Bronzegegenstände enthielten.

Wiegau, 9. Februar. Verbräht. Während die Frau des Banuunternehmers Niewiadowsky mit der Wäsche beschäftigt war, fiel ein 1 1/2 Jahre altes Kind in eine am Boden liegende Kaffeekanne mit heißem Wasser und verbrühte sich derart, daß es am nächsten Tage starb.

Wiegau, 9. Februar. Mit Formalin vergiftet. Der in der Fabrik von Pollack beschäftigte Weber Heinrich Rihmann verlangte in einem Gasthause zu trinken. Als man ihm nichts verabreichte, trank er Formalin, das er in der Tasche trug, aus und zog sich eine schwere Vergiftung zu, an deren Folgen er starb.

Wiegau, 9. Februar. Am Wege gestorben. Ein junger Handwerkerbursche ist in Lindenberg auf der Do Strafe vor aufgehenden worden. Der Tod war durch Erfrözen eingetreten. Grenzweiche Legitimationspapiere wurden bei der Leiche nicht vorgefunden.

Wiegau, 9. Februar. Gewerbeberichts Wahl. Bei der am Freitag vollzogenen Wählerwahl zum hiesigen Gewerbeberichtsgericht aus der Wahl der Arbeitnehmer erheben die Kandidaten des Sozialen Ausschusses 467, die der freien Gewerkschaften 324 Stimmen. Die ersteren sind somit gewählt. Die Wahlbeteiligung war eine sehr hohe.

Wiegau, 8. Februar. Einen qualvollen Selbstmord beging eine hiesige Wäckermeisterfrau. Um ihrem Leben ein Ende zu machen, trank sie eine halbe Flasche Salzsäure aus.

Wiegau, 9. Februar. Eisenbahnunfall. Auf der Strecke Wiegau-Kunow blieb ein Gepann der hiesigen Wäckerwerke Danziger kurz nach 6 Uhr Abends auf dem Bahndamm liegen im Schnee stecken. Alle Anstrengungen, noch vor Anbruch des am diese Zeit fälligen Regens den Wagen wieder flott zu machen, blieben erfolglos, auch die Warnungssignale wurden von dem Zugführer bei dem herrschenden Schneegestöber nicht bemerkt. Der Zug zerstückelte den Wagen und zermalte eine der Pferde, das zweite Pferd wurde so schwer verletzt, daß es getötet werden mußte. Der Kutscher erlitt glücklicherweise nur leichtere Verletzungen.

Wiegau, 9. Februar. Ein deutscher Kriminalbeamter wegen Spionage verhaftet. In Krakau wurde der bei dem Deutschen Grenzkommissariat beschäftigte und auf Bahnhof Wiegau stationierte Kriminalbeamte Knitsch wegen Spionageverdachts verhaftet. Knitsch hatte sich in Krakau eine Wohnung gemietet und fiel dadurch auf, daß er täglich in die nähere und weitere Umgebung von Krakau Ausflüge unternahm und sich dabei für die Fortifikationen und sonstigen militärischen Befestigungen und die Einrichtungen für die militärische Bewachung der Grenzen interessierte. Die Polizei beobachtete ihn bereits seit einiger Zeit und nahm ihn schließlich fest. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Durchsuchung förderte zahlreiches Belastungsmaterial gegen Knitsch zutage, welches für seine Verneinungen wegen Spionage hinreichen sollte. Aus der beschlagnahmten Korrespondenz wurde festgestellt, daß Knitsch bereits seit längerer Zeit für eine auswärtige Macht Spionage getrieben hat. Die meisten Blätter melden übereinstimmend, daß Knitsch, der angeblich nicht mehr Polizist sein soll, für die preussische Regierung tätig war.

Briefkasten.

H. M., Rosenstraße. 1. Wir können unseren Kunden nicht vor schreiben, wo sie ihre Druckgaben anzufertigen haben. 2. Die erste Gleitsche Straßenbahn in Breslau eröffnete ihren Betrieb im Juli 1893.

N. 100. Nach § 36 der Gefindeordnung kann das Wirtshausnachtsloft noch zurückgefordert werden.

S. M., Langeg. Uns ist nichts Nachteiliges über den Verein bekannt.

B. 2. 1. Wir sind der Meinung, daß die Schulverwaltung verpflichtet ist, die Sachen zu erledigen, welche den Kindern in der Schule abhandeln kommen. Die Frage ist aber streitig. 2. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist maßgebend. 3. Ja, etwa 10 Mk. 4. Das Armenamt erhalten Sie von der Polizei-Verwaltung. 5. Wenn es Ihnen darauf ankommt, die Sache gerichtlich entscheiden zu lassen, ist die Klage notwendig.

C. B. Die Militärtauglichkeit ist in diesem Falle zweifelhaft. Der Brustumfang ist ungenügend gegenüber der Körpergröße, was aber allein nicht maßgebend ist. Wenn nicht andere Fehler hinzukommen, kann sich die Entschlagnungsfrage immer noch für die Aushebung entscheiden.

F. Gottesberg. An Auswärtige werden Darlehen aus der Ferdinand-Lassalle'schen Stiftung nicht gezahlt.

Man nimmt 2 Lot

Kathreiners Malzkaffee, mahlt ihn nicht zu fein, setzt ihn mit einem Liter kalten Wassers an, bringt den Kaffee zum Kochen und lässt ihn noch 3—4 Minuten auf dem Feuer. Erst dann giesst man ihn durch und hat nun den echten wohlschmeckenden Kathreiners Malzkaffee.